

(A) Beginn: 10.06 Uhr

Präsident Denzer: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer heutigen 17. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch den Besuchern auf der Tribüne und den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden im Protokoll festgehalten.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/450

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/500

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/650

Dritte Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/761

(B) Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/721 bis 10/735
zweite Lesung

(Unruhe)

- Ich wäre Ihnen dankbar, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn etwas mehr Ruhe eintreten würde.

Meine Damen und Herren, wir haben gestern die Einzelpläne 01 bis 06 beraten. Heute schließt sich die Beratung der Einzelpläne 07 bis 14 und des Haushaltsgesetzes an. Ich darf daran erinnern, daß die Abstimmungen in der Zeit zwischen 12.30 Uhr und 13.30 Uhr ausgesetzt werden.

Die Abstimmung über die Einzelpläne 05 und 06 hatten wir gestern vereinbarungsgemäß ausgesetzt. Wir werden sie heute im Anschluß an die Abstimmung zu dem Einzelplan 07 nachholen.

Ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hierzu liegt Ihnen mit Drucksache 10/727 die Beschlußempfehlung und der Bericht unseres Haushalts- und Finanzausschusses vor. Mit den Drucksachen 10/801 bis 10/807 liegen Ihnen sieben Änderungsanträge zu diesem Einzelplan vor. (C)

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Arentz von der Fraktion der CDU.

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang der Lesung des Etats 07 feststellen: Die Sozialpolitik der Regierung Rau ist gescheitert.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.
- Lachen bei der SPD)

In keinem anderen Bundesland sind die Sozialleistungen seit 1980 so einschneidend gekürzt worden wie in Nordrhein-Westfalen. Dafür tragen Sie, Herr Rau, persönlich die Verantwortung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Tatsachen hier im Land entlarven Ihre Kritik an der Sozialpolitik der Bundesregierung als pure Heuchelei.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Tatsache ist, daß unter der Regierungsverantwortung der CDU im Bund die großen sozialen Sicherungssysteme saniert worden sind, die die SPD zusammen mit der F.D.P. an den Rand der Pleite geführt hat. (D)

(Beifall bei der CDU)

Unter der Verantwortung der CDU wurden die sozialen Leistungen im Bund seit 1983 zielgerichtet ausgebaut und verbessert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich nenne beispielhaft die Einführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche, die Sie abgeschafft haben, meine Damen und Herren von der SPD.

(Erneut lebhafter Beifall bei der CDU)

Ich nenne die 8 %ige Erhöhung der Sozialhilfe, die wir in diesem Hause nur gegen den erbitterten Widerstand der Regierung Rau durchgesetzt haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei der SPD)

(Arentz (CDU))

- (A) Ich nenne die 30 %ige Erhöhung des Wohngeldes zum 1. Januar 1986, die Verdreifachung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die revolutionären Verbesserungen in der Familienpolitik und die Wiedergewinnung der Geldwertstabilität.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Gelächter bei der SPD - Anhaltende Zurufe von der SPD)

Nun stellen Sie sich einmal vor, meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles hätte die SPD geschafft! Und dazu noch 250 000 neue Arbeitsplätze in einem Jahr und 1 Million weniger Kurzarbeiter. Herr Schwieler hätte den Kindern schulfrei gegeben, und der Kanzler hätte die Ernst-Breit-Medaille bekommen.

(Erneut lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

In Ihrer Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 haben Sie, Herr Rau, gesagt: "Wir möchten einen Geist verbreiten, der Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Solidarität zusammenbringt."

(Zuruf von der CDU: Hat er doch nicht!)

Ich sage Ihnen: Sie machen mit Ihrer Politik des Sozialneids die Leistungsbereitschaft kaputt. Sie zerstören die Leistungsfähigkeit der tüchtigen Menschen in unserem Land durch eine verheerende Schulpolitik, Wirtschaftspolitik und Strukturpolitik.

(B)

(Schmidt (SPD): Alles Schrott!)

Sie vernichten die Solidarität durch Überforderung der Tüchtigen und parteipolitische Selbstbedienung. Wer wie Sie einen Haushalt vorlegt, in dem die Mittel für die Erholung alter Menschen um die Hälfte gekürzt werden soll, und gleichzeitig sich selbst 26 neue Stellen in der Staatskanzlei bewilligt, der handelt so unsolidarisch, daß alle Appelle an die Solidarität aus seinem Mund wie blanker Hohn klingen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die sozialpolitische Bilanz der Regierung Rau ist negativ.

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

Die Folgen einer katastrophalen Finanz- und einer erfolglosen Wirtschaftspolitik tragen Sie heute auf dem Rücken der kleinen Leute aus. Familien, Behinderte, Kranke, Alte und die Sozialarbeiter der Wohlfahrtsverbände sind die

Opfer der politischen Unfähigkeit der Regierung Rau. Salbungsvolle Sonntagsreden täuschen darüber nicht länger hinweg.

(C)

Was denken Sie sich eigentlich dabei, Herr Ministerpräsident, wenn Sie meinem Fraktionskollegen und Freund Hans Wagner folgendes schreiben: "Wie Sie selbst ansprechen, haben wir auch in Nordrhein-Westfalen Kürzungen im sozialen Bereich im Zuge der Haushaltskonsolidierung vornehmen müssen. Diese Kürzungen waren jedoch sozial ausgewogen."

(Frau Friebe (SPD): So ist das!)

Nennen Sie es, meine Damen und Herren, die Sie gerade so freundlich "So ist es!" rufen, sozial ausgewogen, daß die Krankenhäuser im Lande Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr 162 Millionen DM weniger als 1973 bekommen sollen? Nennen Sie es sozial ausgewogen, daß die Erträge der Spielbanken im wesentlichen nicht mehr den alten Mitbürgern und Behinderten, sondern dem Landeshaushalt der SPD zugute kommen sollen?

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

Nennen Sie es sozial ausgewogen, daß der Jugendarbeit im Land Nordrhein-Westfalen zwischen 1980 und 1985 über 300 Millionen DM weggenommen worden sind? Nennen Sie es sozial ausgewogen, daß die Altenerholung, die Familienerholung, die Kindererholung und die Jugenderholung gegenüber dem Stand von 1980 mehr als halbiert worden ist? Nennen Sie es schließlich sozial ausgewogen, daß die Eltern von Kindergartenkindern seit 1981 mit weit mehr als 300 Millionen DM in diesem Land von der Regierung Rau zusätzlich belastet worden sind? Das alles ist nicht sozial ausgewogen, das ist eine soziale Katastrophopolitik der Regierung Rau.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die sozialpolitische Kälte der Mehrheitsfraktion in diesem Hause ist nur noch mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Unfähigkeit der Landesregierung zu vergleichen.

(Zustimmung bei der CDU - Ah! bei der SPD)

Ich will in diesem Zusammenhang nur auf eines hinweisen: Im Bundesgebiet ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gebracht worden. Von den 2 700 Menschen, die im Februar 1986 zusätzlich arbeitslos wurden, stammten mehr als 2 600 aus Nordrhein-Westfalen. Mit anderen Worten, die Arbeitslosigkeit nimmt nur noch da zu, wo

(Arentz (CDU))

- (A) Herr Rau regiert, und auch das ist ein Grund, dafür zu sorgen, daß er nicht Bundeskanzler wird.

(Zustimmung bei der CDU - Ha, ha! bei der SPD)

Diese negative Entwicklung in unserem Land ist kein Wunder. Zu den vielfältigen Behinderungen der privaten Wirtschaft kommt der ständige Rückgang der Investitionen im Landeshaushalt. Die gleiche Partei, die ständig Beschäftigungsprogramme in Bonn fordert, kürzt die investiven Mittel im Landeshaushalt von Jahr zu Jahr mehr zusammen. 1980 betrug die Investitionsquote im Landeshaushalt noch 22,4 %. 1986 sind es noch ganze 15,3 %! Das bedeutet: Der vorliegende Haushalt ist kein Beitrag, um Arbeitsplätze zu retten. Der vorliegende Haushalt ist ein Arbeitsplatzvernichtungshaushalt.

Das zeigt sich auch im Bereich des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Eigentlich fällt dieser Minister nur durch eine Unzahl von Presseerklärungen und scharfmacherische Reden auf.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

In der Sache hat der neue Minister Heinemann bisher so gut wie nichts bewegt. Herr Heinemann, wir bedauern es sehr, daß Sie offensichtlich Ihre Aufgabe vor allem in der Verleumdung der Union sehen.

(B)

(Widerspruch bei der SPD)

Da erklären Sie im September, daß die Rentenversicherung am Rande der Pleite stehe.

(Zuruf des Abg. Henning (SPD))

In Wirklichkeit ging es der Rentenversicherung seit vielen Jahren nicht mehr so gut wie heute.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Dann erklären Sie am 11. Februar 1986 vor der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr, das Land könne sozial nicht mehr tun, da es durch die Steuerreform 1986 weniger Einnahmen habe.

(Schmidt (SPD): Richtig!)

Herr Heinemann, Tatsache ist, daß das Land nicht weniger, sondern mehr Steuern in diesem Jahr einnimmt. Sie belügen die Leute, wenn Sie das so sagen, wie Sie es tun!

(Zustimmung bei der CDU - Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

(C) Auf der Veranstaltung der IG Metall in Düsseldorf am 18. Februar 1986 hat Herr Heinemann von den "Kläffern aus den Reihen der Union" gesprochen.

(Demonstrative Zustimmung bei der SPD)

Ich frage Sie, Herr Rau: Ist das der "Anstand", den Sie meinen?

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Eifring (CDU): Sehr gut!)

Schließlich hat Herr Heinemann auf der gleichen Versammlung der IG Metall in Düsseldorf gesagt, Helmut Kohl, unser Bundeskanzler, sei eine Schande für die Bundesrepublik.

(Zustimmung bei der SPD - Hardt (CDU): Hört, hört!)

Ich sage Ihnen, Herr Heinemann: Ob Sie eine Schande als Arbeitsminister sind, lasse ich einmal offen. Aber Sie sind keine Schande für diese Landesregierung, denn ihre Mitglieder sind alle so.

(Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der SPD)

Der Sozialhaushalt des Landes Nordrhein-Westfalen für 1986 zeigt eines:

(Zurufe von SPD und CDU)

Der Sozialabbau durch Sozialdemokraten geht weiter. (D)

(Zurufe von der CDU - Gegenruf des Ministerpräsidenten Dr. Rau - Widerspruch des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

Unter der Regierungsverantwortung von Herrn Rau soll die Stiftung Wohlfahrtspflege 1986 wiederum 45,3 Millionen DM entzogen bekommen, sollen die Mittel für Krankenhäuser um 150 Millionen DM gekürzt werden, sollen die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege immer noch weniger erhalten, als sie im Jahre 1982 bekommen haben, sollen die Investitionen im Kindergartenbereich, für Behinderten- und Alteneinrichtungen weiterhin drastisch zwischen 20 und 40 % gekürzt werden. Auf der anderen Seite aber sollen etwa die Mittel für das Ideologieprogramm "Sozialverträgliche Technikgestaltung" mehr als verdoppelt werden.

Dazu stellen wir fest: Die Gewichte im Sozialhaushalt des Landes sind zukunftsfeindlich und unsozial verteilt. Die Kürzung der Investitionsmittel im Sozialhaushalt ist

(Arentz (CDU))

- (A) unverantwortlich; denn es ist ein riesiger Bedarf im Lande Nordrhein-Westfalen vorhanden. So, wie Sie diesen Haushalt anlegen, machen Sie Sozialarbeit und Arbeitsplätze kaputt. Verweisen Sie zur Entschuldigung bitte nicht auf die Finanzlage; denn für die Finanzlage des Landes trägt ausschließlich derjenige die Verantwortung, der seit 20 Jahren in diesem Hause die Mehrheit hat und die Regierung stellt!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir werden gleich in namentlicher Abstimmung das Bekenntnis eines jeden Abgeordneten zu zwei Fragen verlangen. Zum einen: Sollen die Krankenhäuser im Lande Nordrhein-Westfalen endlich die Mittel erhalten, die notwendig sind, um die dringendsten und wichtigsten Verbesserungen in den Krankenhäusern vorzunehmen? Und zum anderen: Soll die Stiftung Wohlfahrtspflege wieder die Mittel erhalten, die ihr nach dem Sinn des Spielbankengesetzes von 1974 ganz alleine zustehen? - Zum zweiten Bereich wird meine Kollegin Ruth Hieronymi gleich ausführlich Stellung nehmen.

Lassen Sie mich zur Lage der Krankenhäuser einige Stichworte sagen. Sie kürzen die Mittel von 600 auf 450 Millionen DM. Von den 450 Millionen sind 420 Millionen DM durch Verpflichtungsermächtigungen aus den Vorjahren bereits gebunden. Von den restlichen 30 Millionen sind 10 Millionen für Notmaßnahmen, und 10 Millionen werden den Regierungspräsidenten zugewiesen. Ganze 10 Millionen DM bleiben für das ganze Land Nordrhein-Westfalen übrig, um einem Antragsstau von 2,6 Milliarden Mark im Krankenhausbereich Rechnung zu tragen.

(B)

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen hat dazu in einer Erklärung folgendes festgestellt: Die Krankenhausgesellschaft warnt die Landesregierung vor den katastrophalen Gefahren, die eine solche Entscheidung auslösen würde. Substanzverlust und Leistungsminderung seien die drohenden Folgen, wenn angesichts eines in Nordrhein-Westfalen auf über 3 Milliarden DM angewachsenen Antragsstaus die Mittel gekürzt statt erhöht würden. Dringend notwendige Rationalisierungsmaßnahmen müßten künftig ebenso unterbleiben wie die Modernisierung von Operationstrakten oder Pflegeeinheiten. Demgegenüber gehe die Entwicklung in anderen Ländern in eine verantwortungsbewußtere Richtung. Und dann werden von der Krankenhausgesellschaft die Länder Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg genannt.

Tatsache ist, daß im Lande Nordrhein-Westfalen pro Planbett im Krankenhausbereich 2 500 DM zur Verfügung gestellt werden, in Bayern dagegen mehr als das Doppelte, nämlich 5 800 DM. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen, wenn Sie von der solidarischen Gesellschaft reden!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Die namentliche Abstimmung zum Krankenhausbereich wird zur Nagelprobe für jeden einzelnen Abgeordneten. Wer nein zu diesem Antrag der CDU sagt, der verhindert den notwendigen Fortschritt im Krankenhausbereich

(Zustimmung bei der CDU)

und der verhindert die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in der Bauindustrie unseres Landes.

(Zustimmung bei der CDU)

Wer dem Antrag zustimmt, sagt ja zu einer finanzpolitisch verantwortungsvollen Entscheidung zugunsten der kranken Menschen, zugunsten der Arbeitslosen und zugunsten der Krankenhäuser in unserem Land.

(Zustimmung bei der CDU)

Kommen Sie bitte nicht wieder mit dem Argument, dies sei eine unseriöse Art der Finanzierung. Genau die gleiche Art der Finanzierung haben Sie von der SPD mit Ihren Stimmen, hat die Landesregierung im Bereich des Stadtbahnbaus im Jahre 1982 auch beschlossen.

(D)

(Hört, hört! bei der CDU)

Was für den Stadtbahnbau möglich ist, muß auch für die kranken Menschen in Nordrhein-Westfalen möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Lage vieler Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen ist bezeichnend für die Sozialpolitik der Regierung Rau. Der Herr Rau hat ja vor kurzem einen sehr schönen Titel erhalten. Er ist jetzt ein Dr. h. c.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja nichts Schlimmes!)

- Es ist nichts Schlimmes; nur, das "h. c." sieht man leider nicht mehr. Ich glaube, es gibt einen Grund dafür. Wenn ich mir die Sozialpolitik in diesem Land ansehe, dann erinnert mich "h. c." nur noch an eines: Das ist das hausgemachte Chaos.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(A) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Hovest das Wort.

Hovest (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werter Kollege Arentz, ich glaube, ich muß Ihnen gratulieren

(Lebhafter demonstrativer Beifall bei der CDU)

zu Ihrer rhetorisch gut vorgebrachten Rede.

(Erneut demonstrativer Beifall bei der CDU)

- Nun klatschen Sie mir bitte nicht die ganze Redezeit kaputt! - Inhaltlich ist das die höchste Potenz der Heuchelei, die ich jemals in diesem Hause gehört habe.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU): Wie lange sind Sie denn schon hier?)

Ich jedenfalls, lieber Kollege Arentz und meine Damen und Herren, bin stolz darauf, daß von Konrad Adenauer über den Arbeitsminister Katzer bis hin zu meinem Freund Willy Brandt und Helmut Schmidt in 30 Jahren in wohlabgewogenen Schritten hier ein Sozialstaat aufgebaut wurde. Die Regierung in Bonn hat es sich zum Ziel gemacht, das, was in 30 Jahren mit Augenmaß aufgebaut wurde, in drei Jahren kaputtzumachen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Nennen Sie mir bitte einmal eine Gruppe in diesem Staate, die Sie in den letzten drei Jahren materiell nicht gebeutelnt haben.

(Zuruf von der CDU: Guck dir mal das Realeinkommen an!)

Sie sind über die Schwerbehinderten hergezogen, Sie sind über die Rentner hergezogen. Sie haben die Erhöhung verschoben. Sie sind über die Jugend hergezogen. Sie haben das BAföG gekürzt und weggestrichen. Sie haben den Jugendarbeitsschutz verschlechtert. Und was tun Sie zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der CDU)

Ich werfe Ihnen nicht vor - meine Damen und Herren, es ist sehr bitter, das anhören zu müssen -, daß wir 2,6 Millionen Arbeitslose haben.

(Weiss (CDU): Wer hat die denn gemacht? Das ist eine Märchenstunde!)

- Sie können sich doch gleich zu Wort melden. Lassen Sie mich doch bitte einmal ausreden, lieber Kollege. (C)

Präsident Denzer: Einen Moment bitte, Herr Abgeordneter. - Meine Damen und Herren, es gehört ja sicherlich zu den parlamentarischen Regeln, mit Zwischenbemerkungen, Zwischenrufen, die das Salz der Debatte sind, diese zu beleben. Aber es gehört auch zu den ungeschriebenen Regeln, den Redner, der hier am Pult steht, zumindest anhören zu wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich würde Sie herzlich bitten, jedem - egal, wer es ist und welcher Fraktion er angehört - diese Möglichkeit zu eröffnen. Dies sollten wir gegenseitig respektieren. Danke schön. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hovest (SPD): Ich werfe Ihnen nicht vor, daß wir zur Zeit 2,6 Millionen Arbeitslose haben. Ich werfe Ihnen aber vor, daß Sie in Bonn nichts dagegen tun.

(Zustimmung bei der SPD)

Das einzige, wovon ich höre, sind statistische Spielereien. Einmal wird vorgeschlagen, die Hausfrauen aus der Statistik herauszunehmen, damit die Zahlen heruntergehen.

(Weiss (CDU): Was tut Herr Rau denn? Was tut denn Nordrhein-Westfalen? Das ist ja nicht zu fassen! - Weitere Zurufe von der CDU) (D)

Dann werden Änderungen in der Berechnung vorgenommen. Nachdem Sie sich innerhalb von drei Jahren alle Gruppen - immer die kleinsten und die schwächsten - einzeln herausgegriffen haben, gehen Sie alle Arbeitnehmer an. Erinnern Sie sich noch: Wer hat denn Sonderzahlungen wie das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld usw. beitragspflichtig gemacht, um den Arbeitnehmern erneut materielle Lasten aufzubürden? Nachdem das alles nichts mehr nutzt, meine Damen und Herren, gehen Sie auch an die geschriebenen Rechte der Arbeitnehmer in unserem Staate heran.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie versuchen in Bonn die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz gegen großen Widerstand und wider besseren Wissens durchzusetzen, und Sie haben den nächsten Anschlag auf die Rechte der Arbeitnehmerschaft schon programmiert;

(Paus (CDU): Ehrlich?)

(Hovest (SPD))

- (A) denn der Referentenentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes ist schon im Umlauf. Sie treiben es dort so toll, daß sogar die Arbeitgeber Ihnen sagen: So kann man Gesetze nicht ändern.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Heimes zu?

(Hovest (SPD): Nein!)

- Danke schön!

Hovest (SPD): Was die Sanierung des Bundeshaushalts angeht, meine Damen und Herren, so sollten Sie einmal versuchen, Ihre Politik zu ändern und hier Initiativen einzubringen, die von der SPD auch unterstützt werden können, damit der Bundeshaushalt eben nicht zu Lasten der Länder, zu Lasten der Kommunen und zu Lasten der Arbeitnehmer saniert wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich komme jetzt zu einem der Schwerpunkte des von der Landesregierung eingebrachten und von den Sozialdemokraten gestützten Haushalts. Nachdem von Seiten der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft über die Zahl der jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden, immer nur statistische Spielereien getrieben werden, haben wir gesagt: Wir müssen im Landeshaushalt Geld zur Verfügung stellen, um in unserem Lande mehr Ausbildungsplätze zu schaffen.

(B)

(Schmidt (SPD): Das ist der Punkt! Das ist keine Semantik!)

Dabei haben wir schon gute Erfolge aufzuweisen. Von 1983, als wir für diesen Bereich 154 Millionen DM zur Verfügung gestellt haben, haben wir die Baransätze im Haushalt bis zu diesem Jahr auf 450 Millionen DM erhöht. Die Erfolge sind schon sichtbar. Im gesamten Bundesgebiet ging im letzten Jahr die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze zurück. Nur in Nordrhein-Westfalen ist eine Steigerung von 3 % zu verzeichnen gewesen. Das ist der direkte Beweis für die soziale und ausgewogene Politik, die wir mit unserem Landeshaushalt betreiben.

(Zustimmung bei der SPD)

Obwohl sich die F.D.P. im Augenblick parlamentarisch abgemeldet hat, möchte ich, damit das nicht in Vergessenheit gerät, auf die Anträge eingehen, die die F.D.P. im Aus-

schuß gestellt hat. Dort wurden von der F.D.P. keine Anträge gestellt, um der Arbeitslosigkeit Herr zu werden und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen - das heißt für zusätzliche Ausbildungsplätze, für zusätzliche AB-Maßnahmen im kommunalen und Wohlfahrtsbereich -, nein, von Seiten der F.D.P. wurde beantragt, diese Ansätze im Landeshaushalt um 11 Millionen DM zu senken. Auf der anderen Seite sollten die Arbeitslosenzentren - weich eine Verhöhnung! - 1 Million DM mehr erhalten. Das ist genau der falsche Ansatzpunkt. Deshalb habe ich schon Verständnis dafür, daß sich die F.D.P. schämt, solche Anträge im Plenum zu wiederholen.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Das alles hat mich erstaunt; denn ich habe Herrn Kuhl vor einigen Tagen noch in meinem Wahlkreis auf einer Polizeiveranstaltung erlebt. Mir sind die Tränen gekommen, als Herr Kuhl dort mehr als die Polizeigewerkschaft gefordert hat. Er hat gesagt, das alles werde von der F.D.P. im Parlament beantragt. Jetzt aber kommt gar nichts mehr. Wie wollen Sie das denn den Kollegen in Zukunft klarmachen?

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

Ich glaube, das, was Herr Kollege Arentz hier gesagt hat - Kollegin Hieronymi wird das gleich sicher auch noch gesundbeten -, ist nur dazu angetan, die elementaren Fehler und den Angriff auf unseren Sozialstaat, der seit drei Jahren in Bonn gefahren wird, hier zu kaschieren.

(D)

Richtig ist, daß die Landesförderung für Investitionen im Krankenhausbereich bei der Konsolidierungspolitik nicht ausgespart wurde. Richtig ist, daß der Haushaltsansatz mit 450 Millionen DM im Jahre 1986 unter den Haushaltsansätzen der Vorjahre liegt. Die tatsächlichen Mittel für die Krankenhausförderung werden im Jahre 1986 insgesamt jedoch bei 900 Millionen DM liegen, lieber Kollege Arentz. Zu dem Ansatz von 450 Millionen DM kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 300 Millionen DM hinzu.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

Außerdem werden Haushaltsreste in Höhe von 150 Millionen DM übertragen.

Präsident Denzer: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhl zu?

(Hovest (SPD): Nein! - Zuruf des Abg. Kuhl (F.D.P.))

- Es wird keine Frage zugelassen.

(A) Hovest (SPD): Mit diesem Mittelvolumen von insgesamt 900 Millionen DM leistet das Land 1986 wiederum einen wirksamen Beitrag zur Krankenhausförderung.

Richtig ist auch, daß ein Investitionsstau entstanden ist.

(Schmidt (SPD): Den haben wir immer gehabt!)

Aber der Investitionsstau hat vor allen Dingen deswegen ein solches Ausmaß erreicht, weil die Krankenhausfinanzierung bis 1984 eine gemeinsame Angelegenheit von Bund und Land war

(Zustimmung des Abg. Schmidt (SPD))

und weil die Bundesregierung in den vergangenen Jahren nicht bereit war, ihren Finanzierungsanteil in einem ausreichenden Maße zur Verfügung zu stellen. Seit 1985 ist das anders. Die Bundesregierung hat sich aus der Krankenhausfinanzierung zurückgezogen und läßt das Land Nordrhein-Westfalen buchstäblich auf dem aufgelaufenen Investitionsstau sitzen.

(Schmidt (SPD): Wie in anderen Bereichen auch! - Evertz (CDU): Wer hat Ihnen denn das erzählt?)

(B) Es ist weiter richtig, liebe Kollegen, daß die Bundesregierung für den Rückzug aus der Krankenhausfinanzierung einen gewissen finanziellen Ausgleich leistet.

(Dr. Linssen (CDU): Einen gewissen? Einen erheblichen!)

Nur: Dieser Ausgleich wird auf dem Niveau des vorigen und des vorvorigen Jahres geleistet und ist viel zu gering im Vergleich zu dem, was in Nordrhein-Westfalen getan werden muß.

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Linssen (CDU): Soll der Ausgleich denn für drei Jahre gegeben werden?)

Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie sich die Bundesregierung wiederum aus der sozialen Verantwortung zu Lasten des Landes Nordrhein-Westfalen entläßt.

(Erneute Zustimmung bei der SPD - Oh-Rufe bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Junge, das ist nichts!)

Mir ist verständlich, daß das alles für Sie sehr schwer verdaulich ist. Ich will auch nicht darauf eingehen, wie Sie die Lage

verbessern könnten. Daß ich Sie nicht überzeugen kann, dafür habe ich Verständnis. (C)

(Demonstrative Zustimmung bei der F.D.P. - Lachen bei der CDU)

Daß auch mein Freund Johannes Rau Sie nicht überzeugen kann, weil Sie es nicht wollen und weil Sie ihn bekämpfen, anstatt zum Land Nordrhein-Westfalen und zu seinem Ministerpräsidenten zu stehen, das nehme ich hin.

Aber daß nicht einmal die Wahlergebnisse und die Tatsache, daß Ihnen die Wähler zu Millionen weglaufen, Sie überzeugen, das ist für mich als Politiker völlig unverständlich.

(Beifall bei der SPD - Kuhl (F.D.P.): Der Wahlkampf ist doch längst vorbei!)

Ich möchte zum Schluß kommen und sagen: Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Fraktion stehen ausdrücklich in allen Einzelheiten zu diesem Haushalt, wie er von der Landesregierung vorgelegt worden ist.

(Evertz (CDU): Das wird ja immer schlimmer!)

Wir sind der Meinung, daß dies ein finanziell machbarer, ein sozial ausgewogener und ein Haushalt ist, der Schwerpunkte dort gesetzt hat, wo die soziale Not am dringenden ist.

(Beifall bei der SPD - Kuhl (F.D.P.), an die Abgeordneten der SPD gewandt: Glauben Sie das alles, was er gesagt hat?) (D)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter! Für die Fraktion der CDU hat Frau Abg. Hieronymi das Wort. Ich erteile Ihnen, Frau Kollegin, das Wort.

Frau Hieronymi (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hovest, bei Ihnen hilft auch das Beten nicht mehr.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Woher wissen Sie das?)

Ich frage Sie und die SPD-Fraktion: Glauben Sie das eigentlich, was Sie hier von dieser Stelle aus erzählen?

(Widerspruch bei der SPD)

Wissen Sie denn nicht, was sich in den vergangenen vier Jahren unter der Verantwortung der CDU in Bonn getan hat?

(Oh-Rufe bei der SPD)

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) Kennen Sie das Zehn-Milliarden-Paket für die Familien? Wer hat die Renten gesichert? - Die CDU in Bonn.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Wer hat 350 000 neue Arbeitsplätze ermöglicht? - Die CDU in Bonn.

(Beifall bei der CDU - Gelächter bei der SPD)

Wo ist Ihre Bilanz nach 20 Jahren SPD-Verantwortung in Düsseldorf?

(Nagel (CDU): Pleite!)

Wir hören kein Wort mehr zu den Kindergärten, die nicht gebaut werden können. Noch nicht einmal die Erholung für die Älteren und die Familien ist bei Ihnen möglich.

Meine Damen und Herren, jetzt und heute streichen wir einen Punkt heraus, der uns in dieser Kürzungsskala besonders wichtig erscheint, einen besonders schmerzhaften Schnitt der SPD-Landesregierung ins soziale Netz. Es geht um die Millionen, die der Stiftung Wohlfahrtspflege vorenthalten werden,

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Wortbruch!)

- (B) vorenthalten durch den Willen dieser SPD-Fraktion, vorenthalten durch den Willen eines Ministerpräsidenten Rau, der in Bonn alle sozialen Kürzungen rückgängig machen wollte und hier immer stärker bei den Ärmsten der Armen kürzen muß.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Rückblick auf die Debatte um das Spielbankengesetz zeigt, daß diese Mehrheit - diese knappe Mehrheit von drei Stimmen - in diesem Hause nur zustande kam, weil die soziale Zweckbestimmung gesichert werden konnte. Ich zitiere nur eine Stimme von vielen, und zwar die des SPD-Abgeordneten und langjährigen Landtagspräsidenten van Nes Ziegler:

Ich sagte schon, wir sind alle einig über die Art der Verwendung, und wir stehen auch nicht an, zu sagen - und ich glaube, das gilt für alle drei Entwürfe -, daß es letztlich ein Hauptmotiv war für das Spielbankengesetz, zusätzliche Mittel für diese wünschenswerten Zwecke zu bekommen.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Das war Ihr SPD-Kollege van Nes Ziegler, meine Damen und Herren. Und was gilt heute? Ich nenne Ihnen aber auch gern einen aktuellen Zeitzeugen, den Vorsitzenden des Stiftungsrates, Ihren SPD-Kollegen Ulrich Schmidt, am 22. Januar in der "Westfalenpost". Auch er hat gesagt:

Als wir in NRW 1974 erstmals Spielbanken zugelassen haben, haben eine Reihe von Abgeordneten nur zugestimmt, weil die Gelder nach Gesetz und Satzung sozialen Einrichtungen zufließen sollten.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Herr Ministerpräsident Rau - wo auch immer Sie sich zur Zeit befinden -, Sie haben Ihr soziales Mäntelchen für das Spielbankengesetz endgültig an der Garderobe abgegeben.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie haben diesem Gesetz immer wieder Krokodilstränen nachgeweiht. 1981 haben Sie gekürzt und gesagt, das sei nur vorläufig, ausschließlich für das Jahr 1982. Herr Ministerpräsident, dies war Ihr Gesetz, unter Ihrer Verantwortung entstanden. Und wo ist Ihre Zusage geblieben? Kein einziges Jahr hat Ihre Zusage, das Geld für die Ärmsten der Armen zur Verfügung zu stellen, gehalten.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Sie haben zu Lasten von Alten und Behinderten eingespart: 105 Millionen DM in vier Jahren, 45 Millionen DM erneut allein in diesem Haushaltsjahr 1986.

Und wo sparen Sie? Ich nenne ein paar Beispiele: Nicht durchgeführt, eingespart werden konnten mit dem sozialen Gewissen der SPD-Fraktion der Umbau eines Behindertenwohnheimes für psychisch Kranke in Bochum, eines Wohnheimes für behinderte Kinder in Kamen, der Umbau eines Gebäudes für Behindertenwohnungen in Leverkusen, der Umbau von Räumen für ein Tagespflegeheim für geronto-psychiatrische Pflegefälle in Düsseldorf. Meine Damen und Herren, das sind einige wenige Beispiele aus mittlerweile über 200 Anträgen, für die Sie das Geld verweigern, das Geld, das Sie in diesem Hause ausdrücklich für diejenigen, die dieser Hilfe besonders bedürftig sind, zugewiesen haben.

Der Kollege Schmidt, meine Damen und Herren, aus der SPD-Fraktion, hat darauf hingewiesen, daß - ich zitiere ihn - man sich angesichts von 145 unerledigten Anträgen nicht mit den im Haushalt ausgewiesenen

(Frau Hieronymi (CDU))

- (A) Zuschüssen zufriedengeben könne. Der Kollege Schmidt ist Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes. Wenn Sie schon den Bildungspolitikern Ihrer Fraktion nicht folgen, wenn es um die Einstellung von Lehrern geht, dann folgen Sie wenigstens den Sozialpolitikern Ihrer Fraktion!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion war und ist nicht bereit, die Spielbankenabgaben statt für soziale Hilfen zur Haushaltssanierung einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Mittel, die Sie den Alten und Behinderten zukommen lassen sollten, fließen als Zinsen denjenigen zu, die sie sicher bei weitem nicht so nötig haben wie diejenigen, die sie erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben gleich die Chance, bekennen Sie sich in der namentlichen Abstimmung dazu, daß Sie bereit sind, wenigstens einen Teil der Anträge, die seit vier Jahren darauf warten, verwirklicht zu werden, in diesem Hause durch Ihr Votum zu ermöglichen!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, die Aufgaben von vorgestern und gestern zu machen, wie sollen und wollen Sie denn die sozialpolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, lösen? Wir brauchen die Stiftungsgelder auch für neue soziale Formen, soziale Hilfen.

Ich nenne nur einige Beispiele. Wir brauchen die Hilfe der Stiftung z. B., wenn wir neue Wohnformen für Behinderte ermöglichen wollen, wenn wir neue Formen der Früherkennung ermöglichen wollen, wenn wir neue Hilfen zur Integration von behinderten Mitbürgern in die Arbeitswelt finden wollen. Die Anträge liegen vor, meine Damen und Herren, wir können sie nicht entscheiden, wir können sie nicht genehmigen, weil Ihr soziales Gewissen offensichtlich bei diesem Personenkreis, bei den Ärmsten der Armen, nicht schlägt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, überall in diesem Lande sind Menschen dabei, mit unendlich viel Geduld, Verständnis und Einsatzbereitschaft neue Formen von sozialen Hilfen aufzubauen. Hier liegt die Aufgabe der Zukunft für die Stiftung Wohlfahrtspflege, für die Behinderten

in unserem Lande und für die Älteren. Helfen Sie mit, daß wir deren Erwartungen auch erfüllen können und sagen Sie heute nicht wie in den letzten vier Jahren nein zu den Geldern, die diesen Alten- und Behinderteneinrichtungen zufließen sollen!

(C)

1974 hat dieses Haus einvernehmlich festgestellt, daß das Spielbankengesetz nur dann verwirklicht werden sollte, wenn durch dieses Gesetz zusätzliche soziale Hilfen begründet würden. Gehen wir alle, gehen aber insbesondere die Kollegen von der SPD-Fraktion und der Ministerpräsident nicht hinter den sozialen und moralischen Anspruch zurück, den wir 1974, vor über zehn Jahren, in diesem Hause beschlossen haben! Die CDU-Fraktion erwartet insbesondere von einem Ministerpräsidenten, der sich für Anstand und Moral in der Politik ausspricht, daß er nicht mit den Erträgen der Spielbanken seinen Haushalt saniert,

(Beifall bei der CDU)

daß er sie denjenigen in unserem Lande zur Verfügung stellt, die sie brauchen. Herr Rau, sparen Sie bei der Staatskanzlei,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

sparen Sie bei der Einrichtung weiterer Gesamtschulen, sparen Sie bei überflüssigen Gutachten, aber sparen Sie nicht bei den Ärmsten der Armen!

(D)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Stimmen Sie für den Antrag der CDU-Fraktion, der Stiftung 45 Millionen DM in diesem Jahr für diese Aufgaben zur Verfügung zu stellen! Geben Sie Ihrem sozialen Gewissen, sofern Sie es noch haben, einen Ruck, und überlassen Sie die Sozialpolitik in diesem Lande nicht allein den Finanzpolitikern!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete.

Bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe, will ich, da der Kollege jetzt im Saal ist, noch die Gelegenheit wahrnehmen, Herrn Abg. Werner Schumacher von der Fraktion der CDU zum 54. Geburtstag zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

(Präsident Denzer)

- (A) Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abg. Kuschke das Wort. Bitte schön!

Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade in schwierigen haushaltspolitischen Zeiten müssen auch Antworten auf neue politische Herausforderungen gegeben werden. Die Landesregierung unternimmt dies auch im Einzelplan 07 des Landeshaushalts und wird bei diesen Bemühungen von der SPD-Fraktion nachhaltig unterstützt. Ich bedaure sehr, daß die Opposition bisher mit keinem Wort darauf eingegangen ist, Herr Arentz, geschweige denn eigene Initiativen zu diesen politischen Erneuerungen ergriffen hat.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, Sie sprechen von der Zukunft, und dann müssen Sie sich auch konstruktiv an der Lösung der zukünftigen Probleme mit beteiligen.

(Schmidt (SPD): Die F.D.P. auch?)

Im Rahmen des Mottos der Regierungserklärung vom 10. Juni 1985, "Wir erneuern Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch", wird die Landesregierung in einer für die Bundesrepublik und Europa beispielhaften Initiative einen Beitrag zu einer auf gesellschaftlichen Konsens abzielenden Technologiepolitik leisten. Mit dem Programm "Sozialverträgliche Technikgestaltung" sollen 1986 über 14 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden, um Wege zu finden, wie Technik an den Bedürfnissen des Menschen nach humaner, sozial- und naturverträglicher Lebensgestaltung orientiert werden kann.

(B)

Meine Damen und Herren, neben dem Programm "Zukunftstechnologien", neben der Förderung des Technologietransfers für kleine und mittlere Unternehmen, neben der Förderung einer technologisch orientierten Spitzenforschung sagen wir: Technik ist kein Selbstzweck, sondern Hilfsmittel für den Menschen.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, starren wir nicht ausschließlich auf den technologischen Wettlauf mit anderen Ländern, sondern uns geht es auch darum, die soziale Zukunft in den Griff zu bekommen, Visionen für die Qualitäten eines sozialen Lebens zu entwickeln.

Im Unterschied zu allen vergleichbaren Projekten beschränkt sich das Programm "Sozial-

verträgliche Technikgestaltung" nicht auf eine Beschreibung möglicher Technikfolgen, sondern zielt wesentlich weiter. Das Programm will einen Beitrag dazu leisten, Technik alternativ in sozialverträglicher Hinsicht zu gestalten und Ansatzpunkte für die Beteiligung der Betroffenen an der Technikgestaltung zu entwickeln. Für uns heißt sozialer Fortschritt also nicht nur, in die Technik zu investieren, sondern vor allem Investitionen für die Menschen, die mit der Technik leben und leben müssen. Das ist schon ein ganz erheblicher Unterschied, Herr Arentz, zu der Politik Ihrer Fraktion, bei der man manchmal den Eindruck haben könnte, als handele es sich um einen Wurmfortsatz von IBM und anderen Unternehmen. (C)

Auch die langanhaltende Arbeitslosigkeit zwingt zu neuen Wegen, um im Rahmen der Möglichkeiten des Landes Beiträge zur ihrer Bekämpfung zu leisten. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Initiative der Landesregierung, eine gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen einzurichten.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir stehen mit dem Anliegen dieser Beratungsgesellschaft nicht allein. Bereits im Juni 1984 hat der Rat der Europäischen Gemeinschaft anerkannt, daß diese Initiativen wegen der durch sie gebotenen Möglichkeiten der Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsplätzen insbesondere in Kleinbetrieben einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Wiederbelebung der Wirtschaft leisten können. (D)

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, den Sie seitens der Opposition ja so gern heranziehen, hat in seinem Jahresgutachten 1984/85 das entsprechende Arbeitsplatzpotential auf 25 000 bis 100 000 geschätzt. Vergleichbares gibt es in Ansätzen übrigens auch im CDU-regierten Berlin. Ein Blick zu dem, was Ihre Kollegen dort machen, wäre an diesem Punkte sicherlich sinnvoll.

Lassen Sie mich auch etwas zu dem Vorwurf der angeblichen Schmutzkonzurrenz sagen, der von Teilen des Handwerks geäußert worden ist. Dieser Vorwurf ist unüberlegt und nicht haltbar. Zum einen gehören zum Kreis derer, die beraten werden können, natürlich auch Handwerksunternehmen, wenn sie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchführen wollen. Zum anderen kann ich doch wohl nicht Arbeitslose dafür bestrafen, wenn sie aus eigener Kraft - durch Selbsthilfe

(Kuschke (SPD))

- (A) wohlgerneht, Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion! - gesellschaftlich nützliche Arbeiten verrichten, die sonst nicht aufgenommen würden.

(Sehr richtig! bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Auch in zwei weiteren Bereichen unterstützt die SPD-Fraktion den Ausbau bereits vorhandener vorbildlicher sozialer Einrichtungen. Wir haben beantragt, die Zuschüsse zur Bekämpfung der Suchtgefahren um 600 000 DM auf 7,5 Millionen DM zu erhöhen, um zehn weitere Drogenberatungsstellen in die Förderung einzubeziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte es für verantwortungslos, Herr Arentz, wenn Sie sich bei den entsprechenden Beratungen im Ausschuß ausgerechnet an dieser Stelle der Stimme enthalten. Sie wissen sehr genau, daß das Land Nordrhein-Westfalen seit 1980 große Erfolge in der Bekämpfung des Drogenkonsums vorzuweisen hat. Die Zahl der Drogenkonsumenten ist in diesen Jahren zurückgegangen. Dennoch bleibt das Drogenhilfeangebot des Landes weiterhin eine ständige Aufgabe.

(Zustimmung bei der SPD)

- (B) Mit der Förderung zusätzlicher zehn Beratungsstellen wird das bisher schon beachtliche Angebot abgerundet. Die mit Landesmitteln geförderten ambulanten Beratungsstellen mit hauptamtlichen Kräften wurden von 105 auf nunmehr 140 ausgebaut, die Zahl der Therapieplätze konnte von 1980 bis heute von 135 auf über 400 erweitert werden.

Die Bundesregierung ist bislang nicht bereit gewesen, eine ausreichende finanzielle Absicherung für im Rahmen des Modellprogramms zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung geförderte Projekte sicherzustellen. Die hervorragenden positiven Ergebnisse der Begleitforschung zu diesem Modellprogramm hätten dies unseres Erachtens dringend erforderlich gemacht. Wie in vielen anderen sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen auch übernimmt hier das Land Nordrhein-Westfalen notgedrungen eine Aufgabe des Bundes und stellt im Jahr 1986 über 4 Millionen DM für die Verbesserung der Versorgung im ambulanten und komplementären psychiatrischen Bereich zur Verfügung.

Lassen Sie mich zu zwei weiteren Bereichen kommen, die von der Opposition in schöner Regelmäßigkeit zu einer Klagemauer aufgebaut werden, Frau Hieronymi! Ich meine zunächst

- (C) die Förderung der freien Träger. Meine Damen und Herren, von der Opposition, hier beißen Sie sich bei Ihrer Argumentation an der sogenannten Globaldotation fest und vergessen die enormen Anteile der freien Träger an den jeweiligen Haushaltsansätzen.

Ich will Ihnen hier nur einige Beispiele nennen. 80 % beträgt der Anteil der freien Träger im Bereich der Kindergärten - Frau Hieronymi, Sie haben sie angesprochen -; 99 % im Bereich der Sozialstationen; über 86 % im Bereich der Altenerholungsfürsorge; 85 % im Bereich der Personalausgaben für Familienhelfer.

(Zuruf des Abg. Arentz (CDU))

Diese wenigen Zahlenbeispiele machen deutlich, daß der Vorwurf der Opposition nicht haltbar ist. Vielmehr fördert das Land Nordrhein-Westfalen in hervorragender Weise die freien Träger bei ihren wichtigen Aufgaben.

(Beifall bei der SPD - Frau Hieronymi (CDU): Fragen Sie die freien Träger danach!)

Und jetzt hören Sie einmal genau zu: Auch Ihre Argumentation zur Stiftung Wohlfahrtspflege bedarf einiger Anmerkungen. In Ihrer Argumentation wird überhaupt nicht deutlich, in welcher hervorragender Weise die Stiftung Wohlfahrtspflege bislang ein Förderungsinstrument für die Alten- und Behindertenhilfe des Landes gewesen ist. Seit 1976 sind mit 162 Millionen DM über 600 Alten- und Behinderteneinrichtungen gefördert worden.

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

Und tun Sie doch bitte nicht so, als ob mit dem Rest aus der Spielbankenabgabe unnütze Dinge gefördert würden.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Ich will Ihnen aber bei dieser Gelegenheit einmal sagen, was im Land Niedersachsen - das bekanntlich noch bis zum 15. Juni dieses Jahres von der CDU regiert wird -

(Beifall bei der SPD)

mit vergleichbaren Mitteln passiert. Von den Einnahmen aus der Konzessionsabgabe, Frau Hieronymi, des Zahlenlotos und des Fußballtotos im Landeshaushalt 1986 des Landes Niedersachsen fließen von 138 Millionen DM sage und schreibe lediglich 35 Millionen DM in den Sozialbereich. Das nur einmal dazu, was in CDU-regierten Ländern passiert!

(Schmidt (SPD): Hört, hört!)

(Kuschke (SPD))

- (A) Wir können heute in der zweiten Lesung des Haushalts 1986 jedenfalls feststellen: Auch in einer schwierigen Haushaltssituation, bedingt durch eine unsoziale Politik der CDU-Bundesregierung, hält das Land Nordrhein-Westfalen seinen sozialen Kurs. Wir halten und bauen Bewährtes aus, wir wagen uns auch an die notwendigen Neuerungen.

(Schauerte (CDU): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das ist doch Quatsch!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Heinemann, das Wort.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind Momente, in denen die Opposition Farbe bekennen muß - Farbe bekennen muß, welche Art von Opposition sie betreiben will - ob sie eine Opposition betreiben will, die konstruktiv mithilft, die schwierigen Aufgaben in unserem Lande zum Wohle aller zu meistern, ob sie eine zurückhaltende Opposition betreiben will, die sich in Ermangelung von Alternativen selbst zurücknimmt, oder ob sie eine Opposition betreiben will, die auf Teufel komm 'raus lärmt, tönt und zetert, egal, ob sie recht oder auch nicht recht hat, egal, ob sie Gerechte oder Ungerechte trifft.

(B)

(Elfring (CDU): Da müssen Sie einmal bei Fritz Erlen nachlesen!)

Herr Arentz, Sie haben sich heute wie viele Ihrer Kollegen in der letzten Zeit für die dritte Alternative entschieden.

(Zuruf von der SPD: So ist es! - Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, wenn ich es unter Wahlkämpfergesichtspunkten sehen würde, würde ich sagen: Nur weiter so! Denn wie die Bevölkerung darüber denkt, wird nicht nur in Meinungsumfragen klar, sondern auch in Wahlergebnissen wie bei den letzten Landtagswahlen

(Beifall bei der SPD)

und vor wenigen Tagen in Schleswig-Holstein.

(Zurufe von SPD und CDU)

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, versuchen außerdem, in den Ihnen nahestehenden Zeitungsblättern gegen die Sozialpolitik dieser Landesregierung Amok zu laufen, Herr Arentz, wie Sie es gestern - in der heutigen Berichterstattung so zu sehen - getan haben. Mit falschen Behauptungen oder Halbwahrheiten versuchen Sie, hier ein falsches Bild zu zeichnen,

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

und ich sage Ihnen, Herr Arentz, anscheinend können Sie auch nicht genau zuhören oder Sie haben falsche Berichtersteller. Wenn Sie selbst in Düsseldorf waren - ich sehe Sie ja auch, wenn ich irgendwo auftrete, in der letzten Reihe sitzen -, haben Sie nicht zugehört.

Ich wiederhole sinngemäß das, was ich gesagt habe, und dabei bleibe ich. Ich erinnere mich der Sendung "Fünf nach Zehn" im Fernsehen, in der der Herr Bundeskanzler den berechtigten Protest der Gewerkschaften gegen die Änderung des § 116 als "Druck der Straße" bezeichnet und erklärt hat, daß er sich vom "Druck der Straße" nicht beeinflussen lassen wird. Und ich sage dazu: Wenn ein Bundeskanzler garantierte grundgesetzliche Rechte, wie hier das Recht des Protestes der Demonstration, als "Druck der Straße" bezeichnet, ist das eine Schande für diesen Bundeskanzler.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Man kann manches von dem, was Sie sagen, nicht durchgehen lassen, weil es Verdrehungen, Halbwahrheiten und Unkorrektheiten sind, mit denen Sie die sozialpolitische Marschroute der Landesregierung diffamieren wollen. Gerade von Ihnen kann ich das nicht durchgehen lassen, da Sie mitverantwortlich sind für den schlimmsten Sozialabbau, den die Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege, seitdem Sie regieren, erlebt hat.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich Ihnen einiges zum Beleg sagen. Ihre Behauptungen, die Sie hier in Ihrer Broschüre aufstellen, mit der ich mich in der nächsten Zeit sehr gern öffentlich auseinandersetzen werde - -

Vizepräsident Dr. Klose: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Worms?

(Minister Heinemann: Ja, sehr gern, Herr Dr. Worms.)

- (A) Dr. Worms (CDU): Herr Minister, wenn wir schon hier diskutieren: Sind Sie bereit, dem Hohen Hause mitzuteilen, was der scheidende Bundeskanzler Helmut Schmidt dem Deutschen Bundestag an Einsparungsmaßnahmen im sozialen Bereich vorgeschlagen hat?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Natürlich hat auch Bundeskanzler Helmut Schmidt dazu einiges gesagt. Aber ich setze mich jetzt mit dem auseinander, was Sie in diesen Tagen der Öffentlichkeit falsch darstellen, Herr Dr. Worms.

(Henning (SPD): Und was Sie gemacht haben!)

- Und was Sie gemacht haben!

(Zuruf des Abg. Elfring (CDU))

Und jetzt ein Beweis! Nun hören Sie doch zu, sonst haben Sie es gleich wieder nicht verstanden und sagen wieder etwas Falsches.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, das weiß ich, Sie wollen es nicht verstehen. Ich sehe Ihre Schwäche durchaus.

Sie, Herr Arentz, behaupten, das Land Nordrhein-Westfalen spare bei der Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe - so schreiben Sie es - zu Lasten der Auszubildenden und der Schulen von 1980 bis 1985 105,6 Millionen DM. So haben Sie es geschrieben.

(B)

In Wahrheit aber ist die allgemeine Landesförderung deshalb überflüssig geworden, weil die Ausbildungskosten inzwischen mit den Krankenkassen über die Pflegesätze abgerechnet werden können, und zwar ohne Schaden für die Auszubildenden.

(Zurufe von SPD und CDU)

Ich will Ihnen dazu folgendes sagen: Ich erinnere mich sehr gern der letzten Gesundheitsministerkonferenz, auf der die sozialdemokratisch regierten Länder mit Unterstützung des Landes Berlin gegen Ihre Freunde in anderen Ländern einen Beschluß durchgesetzt haben, nämlich für die Krankenschwesterinnen, um ihnen ihre bisherige Vergütung zu belassen. Sie waren dagegen. Alle CDU-Länder außer Berlin waren in der Gesundheitsministerkonferenz dagegen!

(Arentz (CDU): Stimmt nicht!)

- Bitte erkundigen Sie sich einmal.

Dann behaupten Sie, das Land Nordrhein-Westfalen habe beispiellose Kürzungen in dem Bereich, der die Förderung der Alteinrichtungen betrifft, vollzogen. Sie nehmen nur den Etat des MAGS, ohne sich darum zu kümmern, was im Etat des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bereitgestellt wird. Sie arbeiten auch hier ausschließlich mit Halbwahrheiten.

(C)

Herr Arentz, Sie behaupten weiter, Sie hätten die Sozialhilfe erhöht. Nun muß ich wirklich darüber lachen. Ich habe in den ersten Wochen meiner Tätigkeit Ihren Ratschlag nicht nötig gehabt, eine Erhöhung der Sozialhilfe - nachdem einige Kostensteigerungen eingetreten waren - durchzuführen, und zwar um einen Satz von mehr als 8 %. Ich habe wirklich Ihren Ratschlag nicht nötig gehabt.

(Frau Robels (CDU): Erst im Ausschuß ist das abgelehnt worden!)

Ich habe es ohne diesen Ratschlag getan.

Sie weigern sich, zuzugeben, daß es in diesem Lande eine "neue Armut" gibt. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Sehen Sie sich die Entwicklung der Sozialhilfeeats der Gemeinden an. Ihre Fehlpolitik in Bonn, auf dem Arbeitsmarkt nichts zu tun, ist schuld daran, daß die Gemeinden in eine derart schwierige Situation kommen. Sie betreiben von Bonn aus eine gemeindefeindliche Politik.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Diesem sozialpolitischen Konzept der CDU/CSU/FDP-Koalition wird sich Nordrhein-Westfalen entgegenstemmen, so gut es geht und so weit die Mittel - vor allem die finanziellen - dafür ausreichen. Doch eine Landesregierung ist selbst beim besten Willen nicht in der Lage, alle sozialpolitischen Dämme gleichzeitig zu halten, überall dort einzuspringen, wo sich die Bundesregierung aus ihrer sozialpolitischen Verantwortung zurückzieht, und erst recht nicht, wenn diese Bundesregierung der Landesregierung durch unsoziale und ungerechte Steuersenkungen die verfügbaren Finanzmittel rücksichtslos kürzt.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Hier hätte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Hilfe von der Opposition erwartet. Statt hier im Landtag Zeter und Mordio zu schreien, hätten Sie besser daran getan, Ihre Kollegen in der Bonner Regierung zur Änderung Ihres unsozialen Kurses zu bewegen und die Kürzungen im Sozialbereich zurückzunehmen.

(Minister Heinemann)

- (A) Die Wahlergebnisse - ich wiederhole es - hier im Lande und in Schleswig-Holstein haben gezeigt, wie die Bevölkerung auf diese unsoziale Politik reagiert.

(Zustimmung bei der SPD)

Doch statt umzukehren, statt auf den Weg verantwortungsbewußter Sozialpolitik zurückzukehren, machen Sie mit Ihren Diffamierungen hier im Lande alles noch schlimmer. In einer solch schwierigen Situation ist eine sozial verpflichtete Landesregierung gezwungen, sozialpolitische Schwerpunkte zu setzen. Über diese politischen Schwerpunkte läßt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gern politisch mit sich streiten, sich dabei jedoch nicht demagogisch diffamieren.

(Zustimmung bei der SPD - Elfring (CDU): Reines Pharisäertum!)

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat ihre sozialpolitischen Schwerpunkte in den letzten Jahren deutlich und eindeutig bei der Bekämpfung der Ausbildungsplatznot und bei der Jugendarbeitslosigkeit gesetzt.

(Schmidt (SPD): So muß es auch sein!)

- (B) In einer ungeheuren finanzpolitischen Anstrengung hat sie die Finanzmittel dafür Jahr für Jahr gesteigert. Innerhalb von drei Jahren hat die Landesregierung die bereitgestellten Finanzmittel verdreifacht. Bei solch überdurchschnittlichem finanziellen Engagement für die Jugendlichen in unserem Lande bedeutet das allein 1986 36 800 Plätze für junge Menschen. Da waren eben auch Kürzungen an anderen Stellen notwendig.

Frau Hieronymi, Sie haben vorhin gesagt, diese Bundesregierung habe 250 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aber 36 800 hat allein das Land Nordrhein-Westfalen geschaffen. Ich kann Ihnen eine genaue Aufrechnung zusammenstellen - das können wir gelegentlich tun, ich will Sie hier nicht langweilen -, um Ihnen zu beweisen, daß die Bundesregierung hierbei nichts getan hat, sondern daß andere Gründe dafür maßgebend waren.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie behaupten weiter: Wir haben einen Lehrstellenrekord. Wie sieht es denn wirklich aus? 1980 hatten wir noch ein Stellenplus von 27 300, 1984 waren 37 292 Stellen zuwenig vorhanden. Und was haben Sie getan? Der Bundeskanzler hat lediglich eine Lehrstellengarantie abgegeben, die er hinterher nicht gehalten hat.

(C) Lassen Sie mich ein anderes Beispiel bringen. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt über 60 Millionen DM für das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" zur Verfügung. Von den unionsregierten Ländern besucht nur Niedersachsen, etwas in diesem Bereich zu tun. Wir fördern mit bis zu 18 000 DM pro Platz und 2 600 Plätze insgesamt im Jahr, Niedersachsen hat bisher 220 Plätze mit bis zu 6 000 DM gefördert, und die anderen CDU regierten Länder bringen hierbei nichts zustande.

Mir wäre es lieber, wir brauchten diese Mittel nicht, wir hätten genügend Ausbildungsplätze und wir hätten genügend Arbeitsplätze. Wir könnten dann sicherlich andere Schwerpunkte für die Zukunft auch in unserem Etat setzen. Wer diese Umschichtungen zugunsten dieser Arbeits- und Ausbildungsplätze, wer diese politische Schwerpunktsetzung für die Jugend unseres Landes nicht will, der muß dann sagen, warum er sie nicht will. Der muß erklären, warum ihm die Not der Jugend diese Konzentration der Finanzmittel nicht wert ist. Allgemeine Anwürfe, unrichtige Behauptungen, Kritik um der Kritik willen und Diffamierungen reichen da nicht aus.

Sie haben sich in Ihren Diskussionsbeiträgen das Krankenhausprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir in Nordrhein-Westfalen in den Jahren von 1980 bis 1985, in fünf Jahren, mehr als 3 Milliarden DM für Investitionen bereitgestellt haben, das Land Niedersachsen ganze 800 Millionen DM und Schleswig-Holstein nur 10 % von dem, was das Land Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie verschweigen, daß neben den Baransätzen 300 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen eingestellt worden sind, und Sie wissen wie wir, daß je nach Baufortschritt in jedem Jahr Barreste des vergangenen Jahres für Investitionen im laufenden Jahr zur Verfügung stehen. Für die Krankenhäuser sind im Etat des Jahres 1986 insgesamt mit allen Mitteln mehr als 1,2 Milliarden DM vorgesehen.

(Kniola (SPD): Hört, hört!)

Auch das wird von Ihnen hier nicht gewürdigt; auch dagegen wehren Sie sich.

Ich sehe Ihrer Forderung nach namentlicher Abstimmung im Sozialhaushalt gelassen entgegen. Ob sich aber auch die Opposition genauso selbstbewußt einer namentlichen Abstimmung stellen könnte? Wenn sie mit dem Sozialhaushalt auch die von uns vorgesehenen

(Minister Heinemann)

- (A) Erhöhungen beispielsweise bei den Drogenberatungsstellen und bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Bausch und Bogen ablehnt, dann müssen die Oppositionsabgeordneten das mit ihrem eigenen Gewissen und vor allem auch mit den Wählern ausmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es mir der Zeit wegen ersparen, Ihnen hier auch noch in anderen Bereichen ganz erhebliche Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland vorzurechnen.

Wenn Sie sich, Frau Hieronymi, als Weiteres die Stiftung vorgenommen haben, dann darf ich Ihnen sagen: Das Land Niedersachsen - um auch bei Ihren Freunden, bei Ihrem Herrn Albrecht zu bleiben - gibt ganze 5 Millionen DM für den Sozialetat,

(Riscop (CDU): Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen!)

20 % von dem, was das Land Nordrhein-Westfalen bereitstellt.

Lassen Sie uns in die Abstimmung gehen! Ich kann meinen Freunden nur sagen: Sie sollen sich von diesen Anträgen der Opposition auch in der namentlichen Abstimmung nicht beeinflussen lassen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Wau, wau, wau!)

- Das ist so ziemlich das Niveau, das diese Fraktion da drüben erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Heinemann hat hier davon gesprochen, daß in der Broschüre, in der Dokumentation, die wir unter dem bezeichnenden und richtigen Titel "Die sozialpolitische Heuchelei der SPD" herausgegeben haben, falsche Zahlen stehen. Ich warte jetzt seit Veröffentlichung der Broschüre - Herr Minister, ich habe Ihnen eine druckfrische Ausgabe vor fünf Monaten gegeben - eigentlich darauf, daß das einmal nachgewiesen wird. Das ist bis heute nicht geschehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Nächster Punkt: Sie behaupten landauf, landab und auch heute wieder hier im Hause, die Bundesregierung habe für den Arbeitsmarkt nichts getan. Das ist eine unerträgliche Verleumdung der Politik der Bundesregierung!

(C)

(Zustimmung bei der CDU - Wendzinski (SPD): Das ist die Wahrheit!)

Vorruhestand, d. h. Arbeitszeitverkürzung mit staatlichen Mitteln gefördert - wenn Sie das geschafft hätten, würden Sie sich heute noch dafür feiern lassen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wirtschaftswachstum, und zwar wieder richtiges! Sie hatten ja ein spezielles Wachstum erfunden: Nachdem Nullwachstum schon nicht mehr ausreichte, um die Folgen der eigenen Politik zu beschreiben, haben Sie ja das Minuswachstum erfunden, nicht wahr!

(Zustimmung bei der CDU)

Jetzt haben wir wieder positives Wirtschaftswachstum, und das Wirtschaftswachstum ist am Arbeitsmarkt angekommen und hat im letzten Jahr 250 000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist kein Zufall, sondern das ist der Lohn der Tüchtigen! Deswegen sage ich: Wir haben am Arbeitsmarkt mehr erreicht, als Sie in den Jahren vorher kaputtgemacht haben!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Dann behaupten Sie hier wiederum, die Steuerreform würde dem Land ungerechtfertigterweise das Geld nehmen. Ich sage Ihnen nur eines: Wo war denn Ihr Protest im Jahre 1981, als Helmut Schmidt die Steuerreform gemacht hat? Die hat das Land 1,7 Milliarden DM gekostet!

(Schmidt (SPD): Hat er gesagt?)

Das ist aber damals denen zugute gekommen, die mehr verdienten, während wir es heute in erster Linie den Familien haben zugute kommen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Sie machen hier die familienfreundliche Steuerreform dieser Bundesregierung mies;

(Wendzinski (SPD): Weil sie mies ist!)

Sie werden damit nicht durchkommen!

(Arentz (CDU))

- (A) Dann loben Sie sich von Mal zu Mal für die vielen Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Wissen Sie, was Sie hier tun? Hier reparieren Sie mit dem Steuergeld des Bürgers notdürftig die Folgen Ihrer eigenen Politik - und nichts anderes!

(Beifall bei der CDU)

Denn obwohl das Land Nordrhein-Westfalen in der Tat erhebliche Mittel aus den Taschen der Bürger dafür aufbringt, war Ende September die Situation so, daß in Nordrhein-Westfalen auf eine freie Lehrstelle noch sechs unversorgte Jugendliche kamen, während es im Bundesdurchschnitt 2,4 waren. Das heißt:

Hier war die Situation doppelt so schlecht wie im Bundesdurchschnitt, obwohl hier viel Geld ausgegeben wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist wahrlich kein Grund, sich dafür auch noch feiern zu lassen.

Damit wir ganz klar sehen, worum es hier geht, möchte ich nachdrücklich wiederholen, was unser Fraktionsvorsitzender Dr. Bernhard Worms gestern hier dem Hause gesagt hat: Wir sind bereit, dem Etat 07 zuzustimmen, wenn Sie bereit sind, uns bei den namentlichen Abstimmungen in Sachen Krankenhaus und Wohlfahrtspflege zu folgen.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Goldmann für die Fraktion der CDU das Wort.

Goldmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Heinemann hat eine ganze Reihe von Wünschen an uns, die Opposition, gerichtet. Herr Minister, Sie wünschen sich eine konstruktive Opposition in diesem Hause - ein verständlicher Wunsch, und, meine Damen und Herren von der Regierung, ich möchte versuchen, diesem Wunsch nachzukommen. Aber, Herr Minister Heinemann, dazu gehören immer zwei, nämlich auch eine aufgeschlossene Mehrheit,

(Beifall bei der CDU)

eine Mehrheit, die nicht immer gleich mit dem Fallbeil der Abstimmungsmaschinerie arbeitet, wenn ein sachlicher Vorschlag gemacht wird, und diesen sachlichen Vorschlag vom Tisch wischt.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Heinemann, ich wünschte mir, daß Sie wenigstens in dem begrenzten Bereich der Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge und der Aussiedler in diesem Lande, auf den ich jetzt zu sprechen komme, diese Aufnahmebereitschaft zeigten, damit man als Opposition nicht immer für die tauben Ohren der Regierung spricht.

(C)

Meine Damen und Herren, jeder vierte Bürger unseres Landes stammt heute aus den ostdeutschen Gebieten oder aus Mitteldeutschland. Das konnten Sie in Ihrem eigenen sozialdemokratischen Pressedienst vor kurzer Zeit noch nachlesen, meine Herren von der Regierung. Jahr für Jahr kommen weitere Zehntausende hinzu. In der Landeshauptstadt Düsseldorf sind es allein pro Jahr 1 400 Bürger. Vom Jahre 1951 bis zum Jahre 1985 kamen über 1,2 Millionen ostdeutsche Aussiedler in das westliche Deutschland. Die Gesamtzahl der Deutschen in den deutschen Ostgebieten, im Sudetenland und in ganz Ostmitteleuropa, ausgenommen die Rußlanddeutschen, betrug 1945 rund 17 Millionen Menschen. Die Zahl entspricht der heutigen Bevölkerung Mitteldeutschlands, der DDR. Bis auf Ungarn und Rumänien wurden alle diese Deutschen Opfer des Krieges, der Flucht und der völkerrechtswidrigen Vertreibung. Nur in Oberschlesien blieben erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung zurück. Das Land Nordrhein-Westfalen, also wir, hat viele von diesen Deutschen aufgenommen. Zur Zeit nehmen wir 50 % der Aussiedler, die in die Bundesrepublik Deutschland kommen, pro Jahr auf.

(D)

Diese Menschen hinterlassen ihre alte Heimat, die sie geistig und auch materiell gestaltet haben. Sie hinterlassen Dörfer und Städte mit Burgen, Schlössern, Kirchen,

Bauernhöfen, Industrien und Gewerben. Sie hinterlassen Museen, Bibliotheken und Kunstschätze. Ihre geistige Kultur aber, das unsichtbare Fluchtgepäck, bringen sie nach Nordrhein-Westfalen mit. Das beweisen Ihnen Arno Surminski, Peter Huchel, Herbert Hajek, Siegfried Lenz, Rainer Kunze, Günter Grass und auch Wolf Biermann ebenso wie Agnes Miegel, Alfred Döblin, Sarah Kirsch, Rose Ausländer, Klaus von Klitzing, der jüngste Nobelpreisträger der Bundesrepublik Deutschland, und der Weltraumforscher Hermann Oberth, um es nur bei diesen Namen zu belassen.

Die Geschichte und die Kultur Ost- und Mitteldeutschlands bleibt weitgehend unabhängig von der rechtlichen oder politischen Lage dieser Länder ein Teil der deutschen Kultur, die gepflegt und weiterentwickelt

(Goldmann (CDU))

- (A) werden muß, wie jede andere Kultur. Deshalb ist diese Aufgabe, vor allem wegen der räumlichen Trennung vom Ursprungsgebiet, auch für uns alle besonders wichtig. Das ist die Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, das ist auch die Aufgabe dieser Landesregierung und der sie tragenden Partei, der SPD.

Gesetzlich ist diese Aufgabe in § 96 des Vertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes des Bundes festgeschrieben, und bisher, meine Damen und Herren, wurde sie Gott sei Dank unbestritten von Parteien im Bund und auch bisher im Land getragen. Nun, Herr Kollege Schmidt, ist es leider jetzt unter Ihrer Verantwortung nicht mehr so; denn wir haben es ja hier mit erheblichen Kürzungen von Ihrer Seite aus zu tun. Nordrhein-Westfalen stand lange Zeit an der Spitze bei der Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit. Noch 1980 waren 6 Millionen DM für diese Arbeit vorgesehen. Ich weiß nicht, ob Herr Prof. Farthmann damals Minister war und das zu verantworten hatte.

(Dr. Farthmann (SPD): Das müssen Sie einmal nachlesen!)

- Man kann nicht alles nachlesen, Herr Professor, dazu haben auch sie keine Zeit.
- Bundesweit war das Land damals vorbildlich. Einrichtungen wie der ost- und mitteleuropäische Schülerwettbewerb - jetzt heißt er "Deutschland und seine östlichen Nachbarn" - oder das Haus des Deutschen Ostens sind in anderen Bundesländern nachgeahmt worden. Aber - hier spreche ich Herrn Minister Heinemann in Vertretung des Herrn Ministerpräsidenten an - die Zeit der Vorbildlichkeit ist lange vorbei. Das ist wie in anderen Bereichen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen hat die Landesregierung den Ansatz auf knapp 4 Millionen DM gekürzt, auf knapp 4 Millionen ist man herabgekommen, obwohl die Aufgaben größer geworden sind und der hier oft geschmähte Bund seine Mittel verdoppelt hat. Das Land Bayern gibt für diese Aufgaben im Jahre 1984 9,5 Millionen DM aus und hat damit, wie auch in anderen Bereichen, dem Land Nordrhein-Westfalen längst den Rang abgelaufen. Herr Ministerpräsident Rau, der das ja im Protokoll nachlesen kann, verkündet landauf, landab den ostdeutschen Vertriebenen - natürlich nicht nur ihnen - seine Sympathie. Ich erlaube mir, Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung, ihn zu zitieren. Er sagte vor kurzem vor der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr: "Ich achte die Vertriebenen nicht gering, die sich nach ihrem Ursprungsland sehnen."

Er ruft gleichzeitig zur Sammlung des ostdeutschen Kulturgutes auf, dieser, wie er sie nennt, "unersetzlichen Zeugnisse deutscher Kultur". Er weiß, daß fast 17 Millionen Deutsche, Männer, Frauen und Kinder, aus den deutschen Ostgebieten und den Siedlungsräumen der Deutschen jenseits der Reichsgrenzen flüchten mußten und vertrieben wurden. Wenn unser Ministerpräsident - oder Ihr Ministerpräsident - das alles weiß, warum läßt er dann an diesen Haushaltsansätzen kürzen? Weshalb gehen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, nun noch über diese gekürzten Haushaltsansätze hinaus?

(C)

(Schmidt (SPD): Gespart werden muß überall!)

- Herr Kollege Schmidt, Sie wissen es, unsere Sachargumente, wie sie zum Beispiel in der Ausschußsitzung von meinem Kollegen Harbich vorgetragen wurden, fanden bei Ihnen kein Gehör. Einen Augenblick hatte ich den Eindruck, daß Sie durch diese Sachargumente etwas betroffen wären. Insbesondere der Kollege Reymann machte ein sehr betroffenes, bedeeptes Gesicht. Aber offensichtlich hat sich das doch nicht in den Ansätzen Ihrer Partei und Fraktion niedergeschlagen.

Meine Damen und Herren, die angegebene Begründung für die Kürzungen, "Haushaltssituation des Landes", ist bei der geringen Höhe dieser Beträge mehr als dürftig.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Denn mit diesen Mitteln werden Sie den Haushalt Ihres Landes bei Ihrer Schuldenlast nicht sanieren können.

(Zuruf von der SPD: Es ist auch Ihr Land!)

Eher scheint, meine Damen und Herren, eine andere Begründung hier wahrscheinlich zu sein

(Schmidt (SPD): Jetzt bin ich aber gespannt!)

- jawohl, Herr Schmidt, ich komme zu Herrn Professor Farthmann! -, nämlich die Absicht Ihres Fraktionsvorsitzenden Herrn Professor Farthmann zu dokumentieren, unbotmäßigen, widerspenstigen ost- und mitteleuropäischen Verbänden einen Denkkzettel für nicht regierungskonformes Verhalten zu verpassen.

(Beifall bei der CDU)

Nun, das hat er ja angekündigt; er hat nur den verschleiernenden Ausdruck "Überprüfung"

(Goldmann (CDU))

- (A) verwandt. Aber das ist so, als wenn man einen Diebstahl als Untersuchung in fremden Taschen bezeichnet. - Frei nach Heinrich Heine.

(Zuruf des Abg. Schaufuß (SPD))

- Heine ist schließlich in Düsseldorf geboren. Wenn man in Düsseldorf als Abgeordneter verantwortlich ist, muß man sich mit ihm beschäftigen. Ich werde Ihnen gern die gesammelten Werke zur Verfügung stellen. Es ist aber so viel, daß Sie die gesamte Legislaturperiode beschäftigt sein werden.

(Schaufuß (SPD): Haben Sie ihn gelesen?)

- Gerne!

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion lehnt ein solches Verhalten, wie es Herr Professor Farthmann hier gezeigt und in der Öffentlichkeit verbreitet hat - was noch viel schlimmer ist -, und diese Kürzungen entschieden ab. Die Kürzungen der Mittel - darin werden Sie mir, Herr Kollege Schmidt, sogar privatim zustimmen - für die ostdeutsche Kulturarbeit ist unverantwortlich und beschämend für dieses Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die CDU-Fraktion beantragt deswegen die Erhöhung um 250 000 DM, die Anhebung auf die Ansätze des Jahres 1985. Wir fordern nicht mehr, als 1985 zur Verfügung gestanden hat.

Denken Sie, meine Damen und Herren, auch an die Notwendigkeit, den jungen Aussiedlern zu helfen. Gerade einer Partei, die die Sozialpolitik ständig im Munde führt, würde es sehr gut anstehen, hier dieses Sozialproblem aufzugreifen. Diese jungen Aussiedler kommen ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Bundesrepublik Deutschland. Die Behebung ihrer Sprachprobleme ist eine wichtige Voraussetzung für die berufliche und gesellschaftliche Eingliederung. Das ist unter Fachleuten unbestritten, und dem sollten Sie sich auch anschließen.

(Schmidt (SPD): Es gibt doch Ansätze!)

- Aber sie reichen nicht aus, Herr Kollege Schmidt.

Meine Damen und Herren auf der linken Seite dieses Hohen Hauses, Sie werden aus diesen von Krieg, Unrecht und Vertreibung am härtesten betroffenen deutschen Mitbürgern keine Radikalinskis machen.

(Zuruf von der SPD: Was nicht?)

(C) Sie waren es nicht, sie waren keine Radikalinskis in der größten Not, und sie halten sich an die 1950 beschlossene Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die Gewaltverzicht, Friedensgesinnung und die Berufung auf ein unverjährbares Recht auf die angestammte Heimat gleichrangig beinhaltet.

(Hovest (SPD): Was soll das?)

- Gerade für den Kollegen Hovest ist das eine sehr wichtige Angelegenheit; er hat hier noch einen großen Nachholbedarf.

Ebensowenig werden sich diese Mitbürger von der Vertretung des eindeutigen Verfassungsauftrages, der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen, abbringen lassen,

(Schaufuß (SPD): Was heißt das?)

die im übrigen das Bundesverfassungsgericht noch 1975 eindeutig geklärt hat.

(Schmidt (SPD): Wer ist denn dagegen?)

- Sie, Herr Kollege Schmidt, wahrscheinlich nicht, aber einige andere Vertreter Ihrer Fraktion.

Die CDU-Fraktion, meine Damen und Herren, steht hinter den ost- und mitteldeutschen Mitbürgern unseres Landes. Sie fördert ihre kulturelle Arbeit und tritt für ihre politischen Rechte ein, die auf dem Grundgesetz beruhen und von niemandem - auch nicht von einer Mehrheit, wie Sie sie jetzt haben; das kann sich aber einmal ändern -

(Lachen bei der SPD)

(D) beschnitten werden dürfen. Rechtsstaatliche Demokratie beweist sich vor allem im Umgang mit den Bürgern, die einer Mehrheit nicht blindlings folgen, sondern auch eine eigene und auch gegensätzliche Meinung vertreten.

Ich appelliere an Sie und greife damit den Appell des Arbeits- und Sozialministers auf: Lassen Sie den sympathiegetränkten Erklärungen Ihres Ministerpräsidenten Taten folgen. Verzichten Sie auf diese schädlichen Kürzungen! Folgen Sie unserem Antrag, die Ansätze auf dem Stand des Jahres 1975 zu belassen, und erfüllen Sie damit Ihre eigenen Versprechen und die Ihres Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie, wir alle, könnten damit nicht nur etwas für unsere ost- und mitteldeutschen Bürger tun, sondern

(Goldmann (CDU))

- (A) auch einen Beitrag zur Eingliederung leisten, für die viele Tausende ehrenamtlich in Verbänden, Kirchen, Einrichtungen wirken, denen wir hier alle zu Dank verpflichtet sind. Sie könnten zugleich einen Beitrag zur Entschärfung von Konflikten und für die Kultur des ganzen ungeteilten Deutschland leisten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, damit wenden wir uns jetzt dem familien- und jugendpolitischen Teil des Einzelplans 07 zu. Ich gehe davon aus, daß es auch hinsichtlich der Behandlung dieses Teils des Haushalts bei der Übung bleibt, daß der Sprecher einer der Oppositionsparteien - in diesem Falle Herr Kollege Rüsenberg - zuerst spricht.

Ich erteile Herrn Rüsenberg das Wort.

Rüsenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Heinemann, der Fraktionsführer der CDU-Landtagsfraktion, Herr Dr. Worms, hat Ihnen soeben eine Frage gestellt; nur haben Sie die Frage nicht beantwortet. Ich will es daher tun. Es betraf die Frage nach den Sozialkürzungen von Helmut Schmidt. Sie haben uns Halbwahrheiten vorgeworfen, ich will Ihnen die Wahrheit sagen. Es war Helmut Schmidt im Juli 1982 - nun hören Sie zu -, der im Hinblick auf die Beratungen des Haushaltsentwurfs 1983 seinen eigenen Genossen in der Fraktion zurief: "Wir müssen tiefer als bisher in das soziale Netz einschneiden." Sie haben das in der Tat getan.

(B)

(Beifall bei der CDU - Eifring (CDU):
Hört, hört!)

Sie haben das in der Tat in den Jahren vorher durch Kürzungen im Sozialbereich in Höhe von 93 Milliarden DM und durch zusätzliche Belastungen für die Arbeitnehmer in Höhe von 34 Milliarden DM getan.

Herr Kollege Hovest, wissen Sie, es war ein gutes Stichwort, daß Sie an die sozialpolitische Tradition eines Konrad Adenauer usw. erinnern. Wir sind stolz darauf, unter der Regierung Konrad Adenauer mit den Leistungen der Bürger in der Nachkriegszeit unter Berücksichtigung der politischen Vorgaben der Sozialminister Anton Storch, Theo Blank und Hans Katzer diesen sozialen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland aufgebaut zu haben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg.
Henning (SPD))

- Ja, in der Tat! - Dann kamen Sie 1969 mit Willy Brandt, und Sie wollten das moderne Deutschland schaffen. Was haben Sie geschaffen? Sie haben 1982 chaotische wirtschafts- und sozialpolitische Verhältnisse hinterlassen, die beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik sind.

(C)

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des
Abg. Dr. Dammeyer (SPD))

Meine Damen und Herren, der Familienbericht des Landes Nordrhein-Westfalen beschreibt zu Recht, daß die Familienpolitik als eine Gemeinschaftsaufgabe anzusehen ist: eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes, der Länder, der Kommunen und - sie möchte ich besonders hervorheben und ihnen für ihre enormen Leistungen Dank sagen - der freien Verbände in unserem Lande. Auch das Land Nordrhein-Westfalen steht in dieser Verantwortung, Herr Minister Heinemann. In der Ausschußsitzung am 16. Januar 1986 haben Sie die Aufgabenstellung des Bundes im Rahmen des Familienlastenausgleichs angesprochen und hinzugefügt, daß die Familienförderung des Landes Nordrhein-Westfalen nur eine ergänzende Funktion habe. Ich will Ihnen sagen, dieses "nur" paßt mir persönlich nicht, und es paßt auch nicht in die politische Landschaft. Dieses Land Nordrhein-Westfalen hat vielleicht eine anders gelagerte, aber doch bitte eigenständige familien- und jugendpolitische Aufgabe.

Woraus ergibt sich das? Es ergibt sich aus Artikel 5 der Landesverfassung, und es ergibt sich als Zielvorgabe aus dem Familienbericht, dem Jugendbericht, dem Kinderbericht des Landes Nordrhein-Westfalen. Ich sage Ihnen: Diesen dort formulierten Aufgabenstellungen wird der Haushaltsentwurf 1986 in keiner Weise gerecht.

(D)

(Zustimmung bei der CDU)

Von den eigenen Schwächen, Fehlern und Versäumnissen hat diese Landesregierung in Nordrhein-Westfalen und die sie tragende Fraktion abzulenken versucht, indem sie ihren Blick nach Bonn richtete und permanent versucht hat, in polemischer und teilweise wahrheitswidriger Argumentation die Familienpolitik der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung madig zu machen. Die Bürger des Landes glauben Ihnen nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD; denn die familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung haben die Bürger im Lande eines Besseren belehrt!

(Zuruf des Abg. Reymann (SPD))

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Die Bürger erkennen, daß zwar nicht alle familienpolitischen Erwartungen in diesen dreieinhalb Jahren erfüllt werden konnten,

(Dr. Biedenkopf (CDU): Sehr gut!)

daß aber ein entscheidender Durchbruch in der Familienpolitik erzielt wurde. Den Bürgern auch im Lande Nordrhein-Westfalen werden jetzt die Unterschiede deutlich, und den Menschen im Lande wird bewußt, daß keine gesellschaftliche Gruppe in den 13 Jahren Ihrer Regierung so benachteiligt worden ist wie gerade die Familien.

(Zustimmung bei der CDU)

Natürlich kommt es in der Familienpolitik nicht nur auf die Finanzen an; aber welchen Stellenwert Staat und Gesellschaft der Familie beimessen, beweist sich letztlich nicht in Worten, sondern in konkreten haushaltspolitischen Entscheidungen. Da gilt die Familienpolitik auch in anderen, CDU-geführten Bundesländern und in der Tat auf der Bundesebene als beispielhaft.

(Hunger (SPD): Können Sie Beispiele nennen?)

Mit der Einführung des Erziehungsgeldes hat diese Bundesregierung ein neues Kapitel in der Familienpolitik aufgeschlagen. Wenn die Landesregierung - wenn Sie, Herr Minister, das wiederholt tun - und die SPD des Landes Nordrhein-Westfalen von der "ergänzenden" familienpolitischen Aufgabenstellung selbst spricht, dann möge der Kanzlerkandidat Johannes Rau dafür sorgen, daß es nicht nur bei diesen schönen Worten bleibt, dann ist es an der Zeit, das Landeserziehungsgeld als Ergänzung zur hervorragenden Bundesregelung in Nordrhein-Westfalen einzuführen.

(B)

(Beifall bei der CDU - Reymann (SPD): Das sieht man bei den Ostdeutschen!)

Zur Stiftung "Mutter und Kind": Wir verstehen diese Stiftung als ein Mosaiksteinchen notwendiger vielfältiger Hilfestellungen im Interesse des ungeborenen Kindes, seiner Mutter wie seines Vaters. Es reicht nicht aus, daß Sie gegen diese Stiftung polemisieren. Hier sind landespolitische Entscheidungen gefragt, eben auch gegebenenfalls durch eine eigene Landesstiftung, um diese Hilfen zu verstärken, zu ergänzen oder auch andere notwendige Hilfen zu leisten.

Meine Damen und Herren, trotz der engen finanzpolitischen Rahmenbedingungen hat die Bonner Regierung nicht nur geredet; sie hat eindeutige familienpolitische Akzente gesetzt.

(Hunger (SPD): Gekürzt!)

- Die SPD des Landes Nordrhein-Westfalen hat allen Anlaß, durch ihre ergänzende Familienpolitik diesem Beispiel zu folgen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich will mich nun dem Thema "Beratungsdienste im Lande Nordrhein-Westfalen" zuwenden. Unsere Gespräche mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Verlauf einer Tagung über die Beratungsdienste in Nordrhein-Westfalen in Schwerte hat ergeben, daß die Haushaltsmittel für die Beratungsdienste in Nordrhein-Westfalen nicht ausreichend sind. Als Begründung hat man uns vorgetragen, es seien neue Problemfelder entstanden. Wir haben eine Zunahme der Ratsuchenden von 1980 bis 1984 um 30 %. Wir haben verlängerte Wartezeiten, wir haben teilweise eine personelle Unterbesetzung. Trotz der Erhöhung der Haushaltsmittel reicht der Ansatz nicht aus, um die nach den Richtlinien möglichen Personalkostenzuschüsse in Höhe von 50 % zu leisten, sondern er reicht gerade aus, um das in Höhe von 40 % zu tun.

Es ist in der Tat an der Zeit - und das ist eine Aufforderung an uns alle -, daß wir uns als Landesparlament Nordrhein-Westfalens mit der Situation der Beratungsstellen befassen. Ich bringe die Tagung von Schwerte in diesem Zusammenhang noch einmal in Erinnerung. Dort wurden wir als Politiker aufgefordert, im Hinblick auf neu entstandene Problemkonstellationen neue Antworten zu finden. Die Politik muß sich meines Erachtens mehr als bisher die Erfahrungen der Beratungsstellen zunutze machen. Die Politik muß mehr als bisher diese Erfahrungen in ihren politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß einbeziehen. Ich habe den Eindruck - und das ist selbstkritisch -, daß wir als Politiker zu sehr auf Probleme reagieren, statt uns den direkten Ursachen von Problemen zuzuwenden. (D)

(Zustimmung des Abg. Nagel (CDU))

Es reicht doch nicht aus, Herr Minister Heinemann, auch unter den haushaltspolitischen Aspekten, daß wir immer mehr Geld zur Bekämpfung oder auch zur Minderung sozialer Probleme der Menschen zur Verfügung stellen und dann nach 5, 8 oder 10 Jahren wiederum feststellen, daß die Probleme gewachsen sind.

Meine Damen und Herren, insoweit kann man an der Zahl der Ratsuchenden, die laut Mitteilung der Beratungsstellen in vier Jahren in diesem Lande um 30 % gestiegen ist, nicht vorbeigehen. Das betrachten wir als eine Herausforderung. Die Politik muß sich der

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Frage zuwenden, ob Probleme vorliegen und - wenn ja - ob es Problemverlagerungen gibt und welche politischen Entscheidungen die Entstehung von Problemen begünstigen. Erst dann kann man die einzelnen Lebensfelder der Menschen vor Ort einer Betrachtung unterziehen.

Es ist für uns alarmierend, wenn uns anlässlich eines Besuchs des CDU-Arbeitskreises Jugend und Familie in der Jugendpsychiatrischen Klinik in Hamm gesagt wird, daß die Zahl der Kinder in Nordrhein-Westfalen zurückgeht, daß aber die Zahl der verhaltensgestörten Kinder steigt. Die Politik ist in diesem Zusammenhang Antworten schuldig. Wir erwarten von der Landesregierung neue Antworten auf neue Problemkonstellationen. Wir werden uns an der Lösung dieser Aufgaben beteiligen.

Zum Bauprogramm! Wir stellen fest, daß der Landesjugendplan in seinem investiven Teil um 6 Millionen DM gekürzt worden ist. Wir können diesen Tatbestand nicht hinnehmen. Wir haben ein Antragsvolumen in Höhe von 90 Millionen DM; wenn ich das mit dem Kindergarten Sektor verbinde, erreicht es eine Höhe von 200 Millionen DM. Ich sehe das auch unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten.

Ich möchte dann zu dem Thema Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzsituation in Nordrhein-Westfalen überleiten. Meine Damen und Herren, die bedeutendste jugendpolitische Aufgabenstellung in unserem Lande ist weiterhin die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen für die jungen Menschen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es gilt all denen aus den Bereichen der Wirtschaft, des Handwerks, des Handels und der Verwaltungen unser Dank, die sich ihrer Verantwortung bewußt waren und bewußt sind und die entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit jungen Menschen einen Ausbildungsplatz wie einen Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt haben, um ihnen eine Lebensperspektive zu geben. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die hervorragenden und beispielhaften Leistungen der Jugendverbände wie der Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen erwähnen.

Wir stellen jedoch fest: Diese Leistungen reichen nicht aus, um allen jungen Menschen einen Platz anzubieten. Ich frage auch - lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen -: Wie ist es um die Verantwortung gegenüber der jungen Generation und gegen-

über dem Gemeinwohl derer bestellt, die ausbildungsfähige Betriebe haben, aber nicht willens sind, auszubilden?

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft gehört auch die Solidarität. Solidarität ist in der jetzigen schwierigen Situation gefragt, nicht aber die Einstellung, sich der Leistungen zu bedienen, die andere erbracht haben.

(Zustimmung bei der CDU sowie des Abg. Henning (SPD))

Meine Damen und Herren, zu den Leistungen in NRW. Wir begrüßen das; wir haben auch kritische Anmerkungen gemacht. In der Tat, bei uns gibt es gravierende Probleme, und zwar in weitaus stärkerem Maße, als das in anderen Bundesländern der Fall ist.

Ich habe von den Investitionen und im Zusammenhang damit von dem Rückgang der Investitionen gesprochen. Hierin liegen meines Erachtens die konkreten Ursachen für Fehlentwicklungen. Die Politik der SPD in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß nicht mehr das Geld vorhanden ist, um arbeitsmarktpolitisch gegenzusteuern. Sie haben auch in diesem Jahr die Investitionsquote gesenkt. Das ist Ihr Beitrag, aber es ist eben der verkehrte Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, abschließend noch einige Worte zu unserem Antrag betreffend die Situation der Kindergärten und die Reduzierung der Investitionsmittel um 14,5 Millionen DM. Das können wir in der Tat nicht hinnehmen. Die Landesregierung weist darauf hin, daß im Durchschnitt 74 % der Kinder in Nordrhein-Westfalen ein Kindergartenplatz angeboten werden kann. Diese Zahl mag zunächst erfreulich erscheinen, aber sie stellt die Eltern von Kindern in unterversorgten Gebieten, die dringend auf einen Kindergartenplatz angewiesen sind, nicht zufrieden. Aber gerade im Hinblick auf diese betroffenen Kinder ist es eine Bankrotterklärung der Landesregierung, wenn der zuständige Staatssekretär für seinen nicht anwesenden Minister im Ausschuß sagen muß, daß der Haushaltsansatz für 1986 nicht ausreicht, um nur einen neuen Kindergarten im Lande zu schaffen.

(Zustimmung bei der CDU)

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Der Ministerpräsident redet sehr oft von der solidarischen Gesellschaft. Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, durch einen ausreichenden Haushaltsansatz für Kindergärten dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder in diese Solidarität eingebunden werden und daß es ihnen ermöglicht wird, einen Kindergarten zu besuchen.

Wir haben Bereiche, die nur zu 35 % versorgt sind. Unter Berücksichtigung der bereits gebundenen Mittel und der Verpflichtungsmächtigung für die Folgejahre steht für 1986 ein Bewilligungsrahmen von 25 Millionen DM zur Verfügung; dem steht ein geprüfter und befürworteter Antragsstau in Höhe von 117 Millionen DM gegenüber.

Meine Damen und Herren, nicht zu verantworten ist auch die Begründung in dem Erläuterungsband; es ist ja die einzige Begründung. Sie begründen diese Reduzierung der Mittel mit dem Hinweis auf die demographische Entwicklung in den kommenden Jahren. Darum geht es doch nicht! Niemand in der politischen Landschaft ist so töricht und so dumm, zu behaupten, wir forderten Mittel, um dort Kindergärten zu schaffen, wo sie nicht benötigt werden. Wir wollen den Kindern einen Platz zur Verfügung stellen und den Eltern Hilfestellung leisten, die in Nordrhein-Westfalen noch darauf angewiesen sind. Ihre Begründung hätte anders lauten müssen. Sie hätte lauten müssen, daß wir aufgrund der verfehlten Politik der Sozialdemokraten in den letzten Jahren nicht mehr das Geld haben, um dieser wichtigen Aufgabe im Lande nachzukommen. Das ist die Lage, meine Damen und Herren. Unser Antrag möchte die Situation insgesamt verbessern.

(B)

Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Heckelmann für die SPD-Fraktion das Wort.

Heckelmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allen Kontroversen hier und im Lande sind wir sicher in der Erkenntnis einig: Die Familie ist und bleibt die Grundeinheit sozialen Zusammenlebens.

(Zustimmung bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, meine Damen und Herren, die konkrete Lebenssituation betroffener Menschen muß zum Ausgangspunkt familienpolitischen Handelns gemacht werden, und auch in die Familienpolitik müssen jene Politikbereiche

einbezogen werden, die das Leben des einzelnen existenziell prägen. Familienpolitik ist von daher neben Gemeinschaftsaufgabe auch Querschnittsaufgabe. Das ist wichtig und richtig. Wir sagen: Der Staat, das Land wird auch in Zukunft die Rahmenbedingungen für Familien verbessern.

(C)

Wer allerdings den Familien und Kindern in Nordrhein-Westfalen Gutes tun will, sollte die Probleme nicht wie die CDU mit konsumorientierten Familiengründungsdarlehen zu lösen und ein Zerrbild von der Wirklichkeit in unserem Lande zu zeichnen versuchen und verschweigen, daß wir allein im Jahre 1985 Haushaltsmittel in Höhe von 2,1 Milliarden DM für familienbezogene Maßnahmen einschließlich des Bereichs Wohnen eingesetzt haben. Damit stand und steht Nordrhein-Westfalen an führender Stelle unter den Bundesländern.

(Zustimmung bei der SPD)

Tatsache ist auch, daß das Land Nordrhein-Westfalen doppelt so viele Mittel für die Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder wie alle anderen Bundesländer zusammengenommen bereitstellt.

Lassen Sie mich jetzt auf Kapitel 07 050 des Einzelplans des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingehen. Dieses Kapitel schließt nach dem Entwurf der Landesregierung mit rund 828 Millionen DM ab. Das ist gegenüber dem Haushalt 1985 nur eine geringfügige Erhöhung. Die SPD-Fraktion beantragt zusätzliche Mittel in Höhe von 10,7 Millionen DM für die Familien-, Kinder- und Jugendberufshilfe. Für die betroffenen Förderbereiche ist das, insgesamt gesehen, ein erheblicher Betrag. Dabei handelt es sich nicht um eine Akzentverschiebung in der Familien- und Jugendpolitik, sondern bedeutet: Wir akzeptieren den Entwurf der Landesregierung als eine bemerkenswerte familienpolitische Leistung.

(D)

Ich wiederhole: Wir akzeptieren gerade angesichts der großen Finanzprobleme, denen sich das Land Nordrhein-Westfalen gegenüber sieht, die familienpolitischen Ansätze; sie zeigen, daß notwendiges Sparen nicht zu Lasten des sozialen Ausgleichs, nicht zu Lasten der Ärmern geht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Heckelmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dorn?

(Heckelmann (SPD): Ja, bitte!)

- Bitte, Herr Abg. Dorn!

(A) Dorn (F.D.P.): Herr Kollege, gestatten Sie eine Lernfrage: Was sind "gebrochene" Förderbereiche?

Heckelmann (SPD): Ich habe nicht von "gebrochenen" Förderbereichen, sondern von "betroffenen" Förderbereichen gesprochen. Und das sind Förderbereiche im Rahmen der Jugend- und Familienpolitik.

(Zuruf von der F.D.P.: Das lesen wir noch einmal nach!)

Wir in der SPD sind weit davon entfernt, die Lage der Familien zu beschönigen. Das anhaltend hohe Niveau der Arbeitslosigkeit hat viele Familien in finanzielle Schwierigkeiten gestürzt. Die Kommunalvertreter können davon ein Lied singen. Sie kennen die Steigerungen des Sozialhaushalts und deren Gründe. Die Konsolidierungspolitik der Bundesregierung und die damit verbundenen Sparmaßnahmen haben gerade kinderreiche Familien besonders empfindlich getroffen und die Falschen reicher gemacht.

Um einem Einwand vorzugreifen: Ich verkenne nicht, Herr Rüsenberg, daß die Bundesregierung durch den Elternurlaub und ihre Steuerreform ihre familienpolitischen Leistungen wieder erhöht. Aber abgesehen davon, daß wir gerade bei der Steuerreform die soziale Komponente vermissen, kritisieren wir, daß die knappen Gelder nicht auf diejenigen konzentriert werden, die der staatlichen Hilfe besonders bedürfen.

(B)

(Zustimmung bei der SPD)

Abgesehen davon ist festzustellen, daß die Familien die Leistungsverbesserungen des Bundes ab 1986 im wesentlichen - ich betone das ausdrücklich - durch Leistungseinbußen in den vergangenen Jahren im voraus bezahlt haben. Der Familienlastenausgleich steigt seit 1982 um insgesamt weniger als 3 % und damit weniger stark als die Preissteigerungen in der Zeit von 1982 bis 1985.

Wir wollen hier im Lande natürlich nicht allein eine bundespolitische Debatte führen; doch das zu sagen ist erforderlich, um deutlich zu machen, daß die finanzielle Lage der Familien weitgehend von der Bundespolitik - von der Arbeitsmarktpolitik und vom Familienlastenausgleich - bestimmt wird.

In großem Rahmen hat die Landesfamilienpolitik ergänzende Funktion. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich der schulischen und außerschulischen Bildung bis hin zum gesamten Spektrum der Jugendpflege, bei Wohnen und Wohnumfeld und da, wo sich Familien

(C) sowie Kinder und Jugendliche in besonderen Belastungssituationen befinden. In diesen Bereichen braucht das Land Nordrhein-Westfalen Vergleiche mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen, Herr Rüsenberg. Ich will nur mit einem Satz auf die familienfreundliche Bedeutung gerade für Arbeitnehmerschichten des Stadtökologiekonzepts des Wohnungsbauministers, des Programms für Wohnumfeldverbesserungen verweisen. Einschließlich der Aufwendungen für Wohnen und Wohnumfeld liegen die familienpolitischen Leistungen des Landes seit Jahren mehr oder weniger deutlich über 2 Milliarden DM; ich wiederhole: über 2 Milliarden DM! Und das kann sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehen lassen.

Ein Schwerpunkt der Landespolitik war in den vergangenen Jahren das Programm zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Dazu wird mein Kollege Helmut Hellwig, der Vorsitzende des Ausschusses für Jugend und Familie, Stellung nehmen. Eines möchte ich dazu aber sagen: Dieses Programm ist gleichzeitig einer der familien- und jugendpolitischen Schwerpunkte der Landespolitik; denn wohl niemand kann abstreiten, daß die Haupt Sorge vieler junger Leute ebenso wie ihrer Eltern in den vergangenen Jahren war, einen Ausbildungsplatz und anschließend einen Arbeitsplatz in dem erlernten Beruf zu bekommen. Beim Programm zur Schaffung von Ausbildungsstellen und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit spielt das Land eben Reparaturbetrieb für Bonner Versäumnisse. Es ist Heuchelei - um den Titel der vorhin erwähnten Broschüre teilweise zu zitieren -, wenn Kürzungen im Landesjugendplan beklagt werden, ohne auf diesen Zusammenhang zu verweisen.

(D)

Genauso unehrlich ist es aber auch, zu verschweigen, daß die jugendpolitischen Leistungen aller anderen Bundesländer zusammen genommen geringer sind als die des Landes Nordrhein-Westfalen. Das heißt, es gibt kein Land in der Bundesrepublik, das seinen Gemeinden gezielt soviel Geld für jugendfördernde Maßnahmen zur Verfügung stellt wie das Land Nordrhein-Westfalen.

Damit wir nicht nur vom Geld reden: Der Erfolg kann sich auf allen möglichen Feldern sehen lassen. Beispielsweise verfügt das Land über ein Netz von 1 100 Jugendfreizeiteinrichtungen - eine Zukunftsinvestition, die sich sehen lassen kann.

Finanzieller Schwerpunkt des Kapitels 07 050 sind die Aufwendungen für Tageseinrichtungen für Kinder mit insgesamt 492 Millionen DM. Überwiegend fließen diese Mittel in

(Heckelmann (SPD))

- (A) die Kindergärten. Es gibt - Herr Rüsenberg - kein anderes Land in der Bundesrepublik, das mehr als die Hälfte dieses Betrages in seine Kindergärten investiert, oder, anders ausgedrückt, Nordrhein-Westfalen zahlt pro Kindergartenplatz erheblich mehr als jedes andere Bundesland. Wir haben es trotz finanziell schwieriger Zeiten durchgehalten, so viele Erzieher zu beschäftigen, daß sie sich um die ihnen anvertrauten kleinen Kinder wirklich kümmern können, und wir haben für Normalverdiener die Elternbeiträge auf dem untersten Niveau im Bundesvergleich gehalten.

Abschließend gestatten Sie noch einige Worte zu den Hilfen in besonderen Belastungssituationen. Herr Rüsenberg hat dazu eben aus seiner Sicht Stellung bezogen. Hier geht es nicht nur um materielle Hilfen, hier geht es auch um Bundeszuständigkeit. Hier geht es um Hilfe zur Selbsthilfe. Es geht darum, Wege zu finden, wie Familien, wie Kinder oder Jugendliche, jeder aus eigener Kraft, mit den Schwierigkeiten des Lebens fertig werden können.

Wir fördern deshalb ein besonders dichtes Netz von Beratungsstellen unterschiedlicher Aufgabenstellung: Erziehungsberatungsstellen, Ehe- und Lebensberatung, Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftskonflikte, Suchtberatungsstellen, und Schuldnerberatung muß, ja, wird bald hinzukommen. Der Arbeitskreis 7 der SPD-Landtagsfraktion hat hier eine erste Beratungsrunde mit Fachleuten eingeleitet.

(B)

Hilfe in besonderen Lebenslagen und in besonderen Problemsituationen - das war auch der Grund für uns, die Aufstockung der Ansätze in der Familien-, Kinder- und Jugenderholung zu beantragen. Hinter der Bezeichnung Erholung oder Urlaub wird die sozialpolitische Bedeutung für manche erst auf den zweiten Blick deutlich.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Heckelmann, einen Augenblick bitte! Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen oder draußen zu bleiben; eines geht nur. - Bitte sehr!

Heckelmann (SPD): Es handelt sich hier keineswegs um die Finanzierung einer netten Abwechslung, auf die man verzichten könnte, sondern es geht darum, Kinder, Jugendliche und ganze Familien aus besonders verdichteten Belastungssituationen kurzfristig herauszuholen.

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte zu den Anträgen von CDU und F.D.P. sagen.

(C)

Die CDU beantragt, für den Bau neuer Kindergärten zusätzlich 14,5 Millionen DM bereitzustellen. Ich will hier gar nicht bestreiten, daß im Kindergartenbereich ein erheblicher Antragsstau vorliegt, der allerdings nur zur Hälfte die Schaffung neuer Plätze betrifft. Man darf aber dabei nicht vergessen, daß das Land allein in den vergangenen fünf Jahren über 210 Millionen DM für den Bau und die Einrichtung von Kindergärten bewilligt hat.

Angesichts der Finanzlage sollten wir uns überlegen, Herr Rüsenberg, daß die Möglichkeiten zur Umwidmung bisher anders genutzter Gebäude bei weitem nicht ausreichend genutzt werden, und wir sollten wissen, daß wir auch nach neueren Bevölkerungsschätzungen in den nächsten Jahren mit einem deutlichen Rückgang der Kinderzahlen rechnen können. Beides rechtfertigt es unseres Erachtens, etwas vorsichtiger an die Kindergarteninvestitionen heranzugehen und - ich sage das, weil es wahrscheinlich in Ihrer Frage läge - die Möglichkeiten zu sparsameren Planungsänderungen im Laufe dieses Jahres erst einmal gründlich zu untersuchen.

Die Kürzungsvorschläge der F.D.P. halten wir nicht für sachdienlich. Durch die ehrenamtliche Arbeit wird im sozialen Bereich manches möglich, was sonst nicht bezahlbar wäre. Dafür sind wir den Trägern besonders dankbar. An den relativ geringen Beträgen für Schulung und Fortbildung dieser Mitarbeiter sollte man deswegen, Herr Reichel, nicht herumstreichen.

(D)

Zu dem Antrag der F.D.P., die Sonderurlaubsförderung um 1 Million DM zu kürzen, will ich nur anmerken, daß den Kollegen von der F.D.P. offenbar der Widerspruch zu der von ihnen beantragten Aufstockung bei den Erholungsmaßnahmen nicht klar geworden ist.

Schließlich sind wir im Gegensatz zur F.D.P. froh, daß es möglich war, die Zuschüsse für Jugendwohnheime zu erhöhen. Diese Mittel kommen nämlich letztlich denjenigen Familien zugute, die ihre Kinder mangels eines Ausbildungsplatzes in der Nähe in einem Wohnheim unterbringen müssen. Für diejenigen kann nämlich der Preis, der trotz Landesförderung gegenwärtig bei 600 bis 700 DM im Monat liegt, um 5 % gesenkt werden.

Abschließend: Wir wollen verhindern, daß die ohnehin Benachteiligten ins soziale Abseits gedrängt werden. Wir wollen das soziale Netz erhalten und wollen dem massiven Abbau sozialer Leistungen des Bundes zu Lasten von

(Heckelmann (SPD))

- (A) Arbeitslosen, Schülern, Studenten und damit deren Familien entgegenwirken und müssen die finanziellen Mittel für sozialpolitische Maßnahmen konzentrieren. Wir lassen uns vom Grundsatz der sozialen Ausgewogenheit leiten, und zwar zugunsten notwendiger Ausbildungsplätze, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Förderung der Familien insgesamt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es liegen Ihnen mit den Drucksachen 10/801 bis 10/807 Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor.

Zunächst lasse ich über den Antrag Drucksache 10/801 zum Kapitel 07 040 abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag Drucksache 10/802 zu Kap. 07 040 Tit. 684 19. Für diesen Antrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Das Verfahren haben wir gestern schon einmal durchgeführt.

- (B) Die Abgeordneten werden aufgerufen. Wer für den Antrag der Fraktion der CDU ist, antwortet mit Ja, wer dagegen ist, mit Nein, und wer sich enthalten will, antwortet mit Enthaltung. Ich darf Sie bitten, sich bei der Abstimmung ruhig zu verhalten, damit Ihre Antworten hier verstanden werden können. Wir beginnen mit der Abstimmung.

(Der Namensaufruf erfolgt. - Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle ihre Stimme abgegeben haben. - Herr Alt-Küpers, Sie noch nicht? - Sie stimmen mit Nein.

Ich frage noch einmal, ob alle ihre Stimme abgegeben haben. - Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte jetzt die Schriftführer auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir über Einzelplan 07 jetzt noch abstimmen wollen. Es ist kurz vor

12.30 Uhr. Bleiben Sie aber bitte im Saal, damit wir diese Abstimmungen zu Einzelplan 07 jetzt gleich durchführen können. (C)

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt jetzt vor, und zwar haben gestimmt: mit Ja 82 Abgeordnete, mit Nein 118 Abgeordnete; die 14 Abgeordneten der F.D.P. haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir fahren jetzt im Einzelplan 07 fort und kommen zu dem nächsten Änderungsantrag der CDU Drucksache 10/803 zu Kap. 07 050 Titelgruppe 82. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke! Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist der Antrag mit den gleichen Mehrheiten abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag Drucksache 10/804 zu Kap. 07 050 Titelgruppe 82 Tit. 893 82! Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Die F.D.P.-Fraktion! Der Antrag ist abgelehnt.

Nächster Änderungsantrag: Drucksache 10/805 zu Kap. 07 060 Tit. 531 00! Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthaltungen? - Danke sehr. Der Antrag ist mit gleicher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag Drucksache 10/806 - Kap. 07 060 Tit. 684 12. Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Wer enthält sich? - Danke. Der Antrag ist mit der gleichen Stimmenmehrheit abgelehnt. (D)

Der letzte Änderungsantrag: Drucksache 10/807 zu Kap. 07 070 Titelgruppe 60! Hier ist wieder namentliche Abstimmung durch die CDU-Fraktion beantragt. - Das gleiche Verfahren. Ich bitte aber, etwas lauter zu sprechen. Die Schriftführer haben wirklich Schwierigkeiten, das hier zu verstehen.

Wir beginnen mit der Abstimmung. Ich darf Herrn Heidtmann um Aufruf bitten.

(Der Namensaufruf erfolgt. - Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? - Das ist der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer auszuzählen.

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Zu Ihrer Information: Es folgt noch die Schlußabstimmung über Einzelplan 07. Dann rufe ich den Einzelplan 08 auf. Das heißt, daß wir nach dessen Beratung über die Einzelpläne 05 und 06 abstimmen werden.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgeben: Mit Ja haben 81 Abgeordnete der CDU, mit Nein 119 Abgeordnete der SPD gestimmt. 13 Abgeordnete der F.D.P. haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 07. Wer dem Entwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/727 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke sehr. Enthält sich jemand der Stimme? - Einzelplan 07 ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 08: Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Auch hier verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses.

- (B) Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und darf Frau Abg. Thoben für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön!

Frau Thoben (CDU): Frau Präsidentin - -

Frau Vizepräsident Friebe: Einen Moment, Frau Thoben.

Bitte, wenn Sie den Saal jetzt verlassen sollten, tun Sie es bitte ruhig. Ich denke aber, auch das, was die Frau Abg. Thoben zu sagen hat, ist für uns alle interessant. Bitte hören Sie zu.

(Beifall bei der CDU)

Frau Thoben (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Dr. Pohl (CDU): Frauen unter sich!)

Meine Damen und Herren! Der Etat des Wirtschaftsministers ist der Teil der Landeswirtschaftspolitik, der nach der Auffassung der Landesregierung durch Ausgabepositionen darstellbar ist.

Meine lieben Kollegen von der SPD, machen Sie sich das klar, wenn Sie Ihre kraftvollen Reden zum Subventionsabbau draußen im

(C) Lande halten: Dieser Etat ist ein reiner Subventionsetat. Dieser Etat läßt sich nur beurteilen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage des Landes und der absehbaren Aussichten bezüglich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. Doch darüber besteht in der Landesregierung eine völlig diffuse und gegensätzliche Vorstellung. Das konnte nicht ohne Einfluß auf den Etat bleiben und ist es auch nicht geblieben.

Unstreitig ist derzeit nicht einmal mehr, ob Konjunktur und Beschäftigungszunahme nun allmählich auch das Land erreicht haben, allerdings schwächer als bundesweit. Daß sie das Land erreicht haben, stellt der Wirtschaftsminister in Presseverlautbarungen dar. Die amtlichen Zahlen sprechen auch dafür. Gleichzeitig geht der Ministerpräsident in Ahlen trotz Zunahme der Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen als Folge der guten Bundespolitik her und behauptet, das größte Hindernis auf dem Wege zur Überwindung der Arbeitslosigkeit sei die Bundesregierung.

(Maedge (SPD): Das stimmt! Das ist richtig!)

(D) Die nächste Anmerkung! Hinkt nun Nordrhein-Westfalen hinter anderen Bundesländern her, oder stimmt das gar nicht? Der Ministerpräsident hat vor der Friedrich-Ebert-Stiftung 34 Seiten lang den Versuch unternommen, unsere Ausarbeitung über ein strukturelles Nachhinken Nordrhein-Westfalens gegenüber anderen Bundesländern zu widerlegen mit der Konsequenz: Da für die SPD nicht Wirklichkeit, sondern Vorurteil zählt, fallen Politik und Etat entsprechend dem Bild, das sich die Landesregierung von der Wirklichkeit macht, aus.

Noch in der Regierungserklärung heißt es - ich zitiere wörtlich -:

Motor der ökonomischen Erneuerung sind vor allem die vielen kleinen und mittleren Unternehmen im Handwerk, im Handel, in der Industrie und in den freien Berufen. Wir wollen ihre Innovationskraft und Kreativität fördern. Wir wollen ihre Chancen verbessern. ...Wir haben mit dem Programm "Zukunftstechnologien" neue Akzente gesetzt. Obwohl dieses Programm gerade erst ein Jahr alt ist, gibt es schon erste Kristallisationspunkte.

Das steht in der Regierungserklärung.

Und was steht im Etat '86? Im Etat '86 stehen für die Handwerkswirtschaft ganze 3,43 Millionen DM - für das gesamte Handwerk mit 140 000 Betrieben, fast einer Million Be-